

# soli extra



Europa

## Für ein solidarisches Europa



weiterung des EGB begann 1991 mit den ersten Aufnahmen von Gewerkschaftsbünden aus den mittel- und osteuropäischen Bewerberländern im Beobachterstatus. Seit 1995 wurden solche Bünde als Vollmitglieder aufgenommen.

Anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 hat der EGB die Kampagne »Unser Europa – Europa, das sind wir!« initiiert. In deren Rahmen sollen die nationalen Gewerkschaftsbünde ihre Mitglieder über die EP-Wahlen informieren. Denn mit der neuen Zusammensetzung des EP werden entscheidende Weichen für die zukünftige EU-Politik gestellt.

**In dieser Soli extra** geben wir einen Überblick über die wichtigsten europäischen Politikfelder und Institutionen. Außerdem beschäftigen wir uns mit den Veränderungen, die die EU-Erweiterung mit sich bringt: Wie wird sich die Erweiterung auf die Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte der Beitrittsstaaten und der »alten« EU auswirken? Wie verhalten sich die westeuropäischen Unternehmen? Droht uns ein Export von Arbeitsplätzen? Entstehen neue Wanderungsbewegungen?

Neben wirtschaftlichen und sozialen Eckdaten der neuen EU-Mitglieder stellen wir auch deren Gewerkschaftsstrukturen vor. Darüber hinaus zeigen wir die vielfältigen Projekte und Aktivitäten der Gewerkschaften in Europa. [\[5\]](#)

Mirjam Muhs

Mirjam Muhs ist in der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes verantwortlich für Internationales.

**A**m 1. Mai 2004 ist es endlich soweit: Nach jahrelangen Verhandlungen wird die Europäische Union um zehn Staaten erweitert. Insgesamt kommen 80 Millionen neue EU-BürgerInnen hinzu, das Gebiet der EU wird um rund 25 Prozent wachsen. In Deutschland wird die Freude über das Zusammenwachsen Europas getrübt durch die Angst vor Lohndumping und Arbeitslosigkeit als Folge von befürchteter Masseneinwanderung und Produktionsverlagerungen. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gilt es, Vorurteile und Ängste auszuräumen – mithilfe von Begegnungsprojekten und umfassender Information.

**Für die europäischen Gewerkschaften** kommt es jetzt darauf an, gemeinsam für ihre Vorstellungen eines sozialen und solidarischen Europas einzutreten. Die Strukturen dafür hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) bereits geschaffen. Die Oster-

### INHALT

#### 2 aufgabe europa

Was steht an in Europa? Was wollen die Gewerkschaften? Chronologie der EU

#### 4 eu-osterweiterung

Neustart: Die Erweiterung produziert Gewinner und Verlierer  
»Soziale Traditionen verteidigen«: Interview mit Ingrid Sehrbrock

#### 6 migration

Should I stay or should I go? Die Angst vor einem Massenansturm neuer Arbeitskräfte

#### 8 transeuropäische unternehmen

Alles dreht sich um den Absatz: Auch für die Unternehmen ist die Erweiterung riskant

Vorsicht, Vorurteil! Rechtsextreme Parteien versuchen, die Ängste der Bevölkerung zu nutzen

#### 10 glossar

Was ist was in Europa?

#### 12 gewerkschaften

»Die Attraktivität für Jugendliche ist überschaubar«: Interview mit Frank Hantke über Gewerkschaften in den Beitrittsländern

Ökonomische Daten: Wie arm sind die neuen EU-Länder wirklich?

#### 14 strukturpolitik

Verschärftes Wohlstandsgefälle: Die EU-Strukturpolitik wird über den Aufbau Ost entscheiden

»Relevant sind die weichen Faktoren«: Katharina Erdmenger über regionale Förderung

#### 15 europäisierung der gewerkschaften

Internationale Solidarität: Die Gewerkschaftsverbände müssen gemeinsame Ziele formulieren

#### 16 jugendvertretung

Pilotprojekt Airbus: JAVis üben die europäische Zusammenarbeit  
Werkstattbericht

»EGB-Jugend, das sind wir alle«: Domenico Perroni über die jugendpolitische Arbeit im EGB

#### 18 jugendprojekte

Europa bundesweit: Europäische Projekte der Einzelgewerkschaften und Landesverbände

# Was steht an in Europa?

*Im Jahr 2004 ist viel in Bewegung. Die Europäische Union wird erweitert, eine Verfassung diskutiert, das Europäische Parlament neu gewählt und eine neue EU-Kommission eingesetzt. Bei allen Weichenstellungen stellt sich die Frage, ob es gelingt, das europäische Sozialmodell zu stärken.*

Von **Thorben Albrecht**

**I**st die europäische Integration nur die Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln? Bedeutet Europa die Entgrenzung von Märkten, Liberalisierung, Deregulierung? Oder bietet Europa die Chance, die Globalisierung zu gestalten und politische Regulierung auf europäischer Ebene zu ermöglichen, wo der einzelne Staat dazu nicht mehr in der Lage ist? Diese Fragen spielen bei der Debatte um eine Europäische Verfassung ebenso eine Rolle wie bei der Ausrichtung der europäischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Zentrales Anliegen für die Gewerkschaften ist dabei der Erhalt und die Stärkung des europäischen Sozialmodells.

## SPLITTER

### Jungpolitiker geben auf

Es kann nicht jeder Ilka Schröder sein. Die heute 26-Jährige wurde 1999 als jüngste Abgeordnete ins Europäische Parlament gewählt. Damals noch auf dem Ticket von Bündnis 90/Grüne, die sie nach »grundsätzlichen Differenzen« verließ. Jetzt ist sie parteiloses Mitglied der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke. Schröder wusste sich vor allem durch klare Positionen zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa und zu Hause in Deutschland einen Namen zu machen.

Andere junge Politiker in Straßburg haben damit mehr Schwierigkeiten. Immer mehr verlassen nach nur einer Wahlperiode das Europäische Parlament und gehen in ihre Heimatländer zurück. Offiziell heißt es dann, in der Heimat könnten sie mehr für Europa tun. Tatsächlich leiden sie wohl aber auch darunter, dass sie wenig bekannt sind – und dass das ihre Karriere behindert. Dieser Mangel an Bekanntheit kann auch bei etablierten Kollegen sehr skurrile Blüten treiben. So fand Hans-Gert Pöttering, der die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im EP leitet, sogar an einer an ihn adressierten Briefbombe etwas Positives: Wenn man schon Attentate auf ihn verübe, verschaffe ihm das immerhin einige Prominenz, meinte er. **S**

Denn bei allen Unterschieden zeichnet es die europäischen Staaten aus, dass sie sozialstaatlich verfasst sind. Sie weisen ein hohes Maß an sozialem Schutz für ihre Bürgerinnen und Bürger auf, staatliche Leistungen sichern Infrastruktur und Versorgung mit gesellschaftlichen Grundgütern, und die abhängig Beschäftigten verfügen über Teilhaberechte. Gleichzeitig sind die europäischen Staaten sehr wettbewerbsfähig. Hohe Exportzahlen bestätigen die Qualität und Produktivität der europäischen Industrie und Dienstleistungen. Und trotz ihres hohen sozialen Niveaus verzeichnet die Euro-Zone einen Leistungsbilanzüberschuss, während beispielsweise die USA ein massives Defizit aufweisen.

Dieses Wirtschafts- und Sozialmodell muss daher im Mittelpunkt stehen, wenn über die Zukunft der Europäischen Union (EU) diskutiert wird. In der Debatte um die Verfassung sollen die Grundlagen der EU, also gemeinsame Werte und Ziele, definiert werden. Im Entwurf des Konvents heißt es, die Union strebe eine Gesellschaft an, »in der Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität herrschen«, und mache sich eine im »hohen Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft« zur Aufgabe. Ebenso ist der »soziale Schutz« in den Zielkatalog aufgenommen – allerdings kein »hoher sozialer Schutz« wie von den Gewerkschaften gefordert. Dagegen wird nun Vollbeschäftigung angestrebt, während in den Verträgen bislang nur von einem »hohen Beschäftigungsniveau« die Rede ist. Insgesamt führen diese Formulierungen zu einem halbherzigen Bekenntnis zu einem sozialen Europa – das aber gegenüber der bisherigen Wettbewerbsorientierung ein Fortschritt ist.

### Charta der Grundrechte

Eine wesentliche Forderung ist die verfassungsmäßige Verankerung der Charta der Grundrechte. Diese enthält neben Freiheits- und Gleichheitsrechten auch soziale Grundrechte. Dazu gehören das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, das Recht der Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung, sowie das Recht, Tarifverträge auszuhandeln und bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen einschließlich Streiks zu ergreifen. Weitere soziale Grundrechte umfassen gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, Schutz bei ungerech-

fertigter Entlassung, Anspruch auf Elternurlaub, das Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung, den Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Dass diese Charta nun im Konventsentwurf als zweiter Teil der Verfassung – und nicht wie zwischenzeitlich diskutiert als angehängtes Protokoll – aufgenommen wurde, ist ein wichtiger Fortschritt. Vor allem, da die Artikel, die die Grundrechte beschreiben, unverändert übernommen wurden. Es dokumentiert die Weiterentwicklung der EU von der reinen Wirtschafts- zur Wertegemeinschaft und sollte durch die anstehenden Regierungsberatungen nicht in Frage gestellt werden.

Eine besondere Rolle im europäischen Modell kommt dem Sozialen Dialog zu, in dem Arbeitgeber und Gewerkschaften viele Fragen gemeinsam und ohne staatliche Eingriffe regeln: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die europäischen Arbeitgeberverbände handeln Vereinbarungen aus, die dann als Richtlinien von der Kommission oder von den Sozialpartnern selbst in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Dabei geht es beispielsweise um Elternzeit, Regelungen zu Teilzeitarbeit oder zur Telearbeit. Im Verfassungsentwurf wird die Rolle der Sozialpartner anerkannt und die Union zur Förderung des Sozialen Dialogs unter Achtung der Autonomie der Sozialpartner verpflichtet. Wenn er so verabschiedet wird, wäre das ein Schritt zum sozialen Europa.

### Daseinsvorsorge

Kontrovers und kompliziert wird auf europäischer Ebene über »Dienstleistungen von allgemeinem Interesse« debattiert, die in Deutschland häufig auch als »Daseinsvorsorge« bezeichnet werden. Wegen der starken Verankerung des Wettbewerbs in den europäischen Verträgen geraten öffentliche oder öffentlich regulierte Dienstleistungen wie Mobilität, Gesundheitsschutz, Versorgung mit lebenswichtigen Grundgütern wie Energie und Wasser oder Post- und Telekommunikationsdienste unter den Druck der Privatisierung und Deregulierung. In der Verfassung sollte es dazu ein klares Gegengewicht durch ein Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge geben – allein schon, um einen Ausgleich zu den Bestimmungen des Wettbewerbsrechts zu gewährleisten, die bereits jetzt in die nationalen Kompetenzen eingreifen. Durch europäische Gesetze könnten klare Rah-

**Wir brauchen ein Gesamtkonzept für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt.**

menbedingungen geschaffen werden. Dabei sollten grundlegende Definitionen ausgearbeitet werden, die den Gebietskörperschaften Handlungsmöglichkeiten zurückgeben. Dadurch würde das Subsidiaritätsprinzip gewahrt, Qualitätsverbesserungen und Anpassungen an Veränderungen ermöglicht und gleichzeitig die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse geschützt.

### Koordinierte Wirtschaftspolitik

Im Frühjahr 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Die EU soll bis 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt« werden. Angestrebt ist »ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und ei-

nen Wirtschaftskraft und Einkommensniveau nicht nur gegenüber den bisherigen EU-Staaten sondern auch untereinander unterscheiden. Um den im Verfassungsentwurf geforderten »wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt« zu fördern, muss die EU dazu beitragen, die Lebensbedingungen in den Beitrittsländern zu verbessern und an das bisherige durchschnittliche Niveau anzugleichen. Das ist auch im Interesse der Arbeitnehmer in Deutschland, da nur so eine Lohn- und Kostenkonkurrenz vermieden werden kann. Ebenso wichtig ist es, den Sozialen Dialog in den Beitrittsstaaten zu unterstützen und Richtlinien wie jene zu Informations- und Konsultationsrechten und Europäischen Betriebsräten umzusetzen.

Ob es Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geben kann, muss nach dem Fortschrittsbericht der EU-Kommission sachlich entschieden werden. Für die Türkei gelten die gleichen Bedingungen wie für alle anderen Beitrittskandidaten. Die dort und bei der Integration türkischstämmiger Menschen in Deutschland erreichten Fortschritte dürfen nicht durch populistische Debatten im Wahlkampf gefährdet werden.

### Parlamentswahlen

Mit den Wahlen zu EP 2004 werden politische Richtungsentscheidungen in der dann erweiterten EU getroffen. Das Europäische Parlament bildet als direkte Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger das Gegengewicht zu den Regierungen, wenn es um europäische Richtlinien geht. Und diese haben in den verschiedensten Bereichen unmittelbare Auswirkungen auf das Leben und die Arbeitsbedingungen auch in Deutschland. Zwischen 60 und 70 Prozent der

deutschen Gesetze haben ihren Ursprung inzwischen direkt oder indirekt in Europa. Bei der Wahl geht es deshalb um die Grundfrage, ob Europa als sozialer Raum gestaltet wird oder als bloßer Wirtschaftsraum mit möglichst marktliberaler Ausprägung. Nur die Verbindung von sozialen Prinzipien, Nachhaltigkeit und einer gemeinsamer Wirtschaft und Währung wird die europäische Identität stärken und weiterentwickeln. Mit einer solchen Kombination der vorhandenen Traditionen der europäischen Staaten kann es gelingen, Europa zu einem wegweisenden sozialen Modell in einer globalisierten Welt auszubauen, das sich erheblich von anderen Wirtschaftsräumen in Ostasien oder in Amerika unterscheidet. S

*Der Autor arbeitet im Referat für europäische Gewerkschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB.*

## CHRONOLOGIE DER EU

**19.9.1946:** Winston Churchill gibt in seiner »Zürcher Rede« den Anstoß zur Schaffung des Nordatlantik-Pakts und des Europarats.

**5.5.1949:** Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Großbritannien gründen den Europarat. Das westliche Deutschland folgt 1951. Der Europarat wird mit 27 Mitgliedsstaaten größte zwischenstaatliche Organisation in Europa, ist aber von der späteren EU völlig getrennt.

**18.4.1951:** Frankreich, die BRD, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg unterzeichnen den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – die Montanunion.

**25.3.1957:** Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) – bekannt auch als die Römischen Verträge.

**1.7.1965:** Die Exekutiv-Organen von EWG, Euratom und EGKS verschmelzen. Es entsteht die Sammelbezeichnung Europäische Gemeinschaft (EG). Die Zollunion in der EG entsteht.

**1.1.1973:** Großbritannien, Dänemark und Irland treten der EG bei.

**1.1.1981:** Griechenland tritt der EG bei.

**9.12.1991:** Vertrag von Maastricht über die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union. Aus der EG wird die EU.

**1.1.1993:** Europäischer Binnenmarkt für die 345 Millionen Menschen in der EU wird Wirklichkeit.

**1.1.1995:** Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei.

**23.1.1995:** Die EU-Kommission nimmt ihre Arbeit auf.

**12.12.1997:** Europäischer Rat beschließt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

**3.5.1998:** Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien beschließen die Europäische Währungsunion zum 1.1.1999.

**11.12.1999:** Der Europäische Rat beschließt, Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei aufzunehmen. Die Türkei wird als beitrtrittswillig anerkannt.

**10.12.2000:** Der Europäische Rat stellt in Nizza die Erweiterung der EU nach Osten in Aussicht.

**1.1.2002:** Einführung des Euro als Bargeld.

**12./13.12.2002:** Der Europäische Rat schließt die Beitrittsverhandlungen mit zehn der 13 Kandidaten ab. Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern sollen zum 1.5.2004 EU-Mitglieder werden.

**1.5.2004:** Die EU erweitert sich um die Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

**10.–13.6.2004:** Wahl zum Europaparlament.

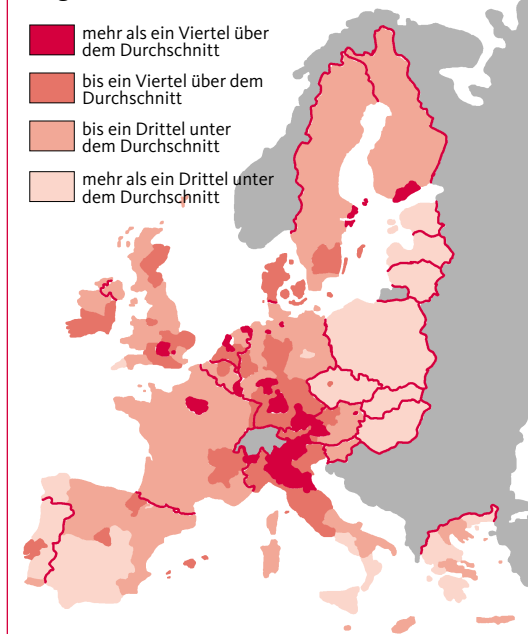
**Herbst 2004:** Berufung einer neuen EU-Kommission.

**1.1.2007:** Anvisierte Erweiterung der EU um Rumänien und Bulgarien. S

## ARM UND REICH IN DER EU

### Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nach Regionen (EU und Beitrittskandidaten)

- mehr als ein Viertel über dem Durchschnitt
- bis ein Viertel über dem Durchschnitt
- bis ein Drittel unter dem Durchschnitt
- mehr als ein Drittel unter dem Durchschnitt



Quelle: Globus

nem größeren sozialen Zusammenhalt«. Leider sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Die Koordination der wirtschaftspolitischen Akteure auf beiden Ebenen, also innerhalb der EU und in den Mitgliedsstaaten, funktioniert in der Praxis nur unzureichend und muss verbessert werden. Auch die Europäische Zentralbank muss ihren Beitrag leisten. Sie muss eine Politik für Wachstum und Beschäftigung durch einen veränderten Kurs in der Finanzpolitik aktiv begleiten und darf sie nicht durch eine zu rigide Geldpolitik abwürgen.

Die Forderung nach einem europäischen Gesamtkonzept für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt gilt ganz besonders vor dem Hintergrund einer größeren EU. Mit dem 1. Mai 2004 sind zehn neue Mitgliedsstaaten dabei – die sich

# Neustart für Europa

**Die Osterweiterung der EU wird Gewinner, aber auch einige Verlierer produzieren. Zu den ersten gehört Deutschland, während Spanien, Portugal und Griechenland zu letzteren zählen. Auch niedrig qualifizierte Beschäftigte in den alten EU-Ländern müssen bangen.**

**D**ie Vereinigten Staaten von Europa«, von denen der britische Premierminister Winston Churchill schon 1946 zu reden gewagt hatte, werden am 1. Mai 2004 Wirklichkeit. Nicht weniger als zehn neue Staaten treten an diesem Tag der Europäischen Union (EU) bei. Ein historisches Ereignis mit enormen Dimensionen: Von jetzt 15 steigt die Zahl der EU-Mitglieder auf 25. Am 13. Juni 2004 dürfen über 75 Millionen neue EU-Bürger ein neues Euro-

lange gewartet. Mehr als zehn Jahre lang feilschten die Politiker über die Einigung Europas. Denn nach dem Kollaps des Kommunismus in Osteuropa war die EU zunächst alles andere als begeistert über die Beitrittswünsche der verarmten Nachbarn.

Erst der Putschversuch 1991 in Moskau und die Kriege in Jugoslawien riefen den Regierungen der EU-Staaten eine reale Gefahr ins Gedächtnis: die Möglichkeit, dass sich in Osteuropa Diktaturen oder, vielleicht schlimmer, Krieg und Bürgerkrieg breit machen könnten. Ein so genanntes Sicherheits-Vakuum drohte zu entstehen.

1993 erklärte die EU den Prozess der Erweiterung nach Osteuropa daher auf ihrem Gipfel im dänischen Kopenhagen für »unumkehrbar«. Eine Einbindung in die EU sollte die Staaten Osteuropas langfristig politisch und wirtschaftlich stabilisieren. Gleichzeitig nannte der Gipfel Bedingungen für eine Aufnahme in die EU, die »Ko-

Angst, nach dem Zerfall der Sowjetunion erneut zu Satellitenstaaten einer unberechenbaren russischen Großmacht zu werden.

**Jetzt aber, wo es ernst wird**, ist im alten Europa von Aufbruchstimmung wenig zu spüren. Furcht, Kleinmut und Desinteresse bestimmen das Bild. Die Ängste des Westens: Massenzuwanderung aus Osteuropa, Export von Arbeitsplätzen, sinkende Löhne, steigende Arbeitslosigkeit und gigantische Geldtransfers an die neuen, sehr viel ärmeren Mitglieder. Der Premierminister von Luxemburg, Jean-Claude Juncker, warnte im Europäischen Rat schon 1993: »Dies wird das unpopulärste Unternehmen, dass wir je begonnen haben.«

Tatsächlich ist die Erweiterung eine Art Neustart für Europa. Im Ministerrat, in dem die nationalen Regierungschefs über die wichtigen Fragen in Europa entscheiden, entstehen durch den Beitritt neue Machtverhältnisse. Die einstimmigen Entscheidungen, die in einigen Bereichen getroffen werden müssen, werden mit jedem neuen Mitglied schwieriger. Auch die Regeln für Mehrheitsentscheidungen betrachten viele als unzureichend, am Streit um die Stimmenverteilung scheiterte im Dezember 2003 sogar die geplante Verabschiedung einer europäischen Verfassung. Europa muss sich also dringend auf neue Regeln einigen, wenn es handlungsfähig bleiben will.

Nicht zuletzt geht es auch ums Geld. Denn die nationalen Regierungen verhandeln über den Haushalt der EU. Die nächste Finanzplanung ist für das Jahr 2007 fällig. Dabei handelt es sich um ein riesiges Transfersystem, von dem vor allem die ärmeren Staaten profitieren. Subventionen der EU sollen die Entwicklung von wirtschaftlich schwächeren Regionen fördern. Doch die genaue Verteilung ist umstritten.

**Mit dem Beitritt** Mittel- und Osteuropas verschiebt sich das Machtverhältnis zu Gunsten der ärmeren Staaten. Länder wie Deutschland, die schon bisher mehr Geld in den EU-Haushalt pumpen als sie herausbekommen (so genannte Nettozahler), fürchten daher, auf längere Sicht schlechter abzuschneiden, weil ein Mehrheitsbündnis von ärmeren Staaten neue Verteilungsspielregeln festlegen könnte. Hinzu kommt, dass auch zwischen den bisherigen Empfängern von Subventionen neu verteilt wird. Regionen, die bisher unterstützt wurden, sind künftig, statistisch betrachtet, zu reich und



Ungarn: Beitritt leicht gemacht

Foto: Balazs Gardi/laif

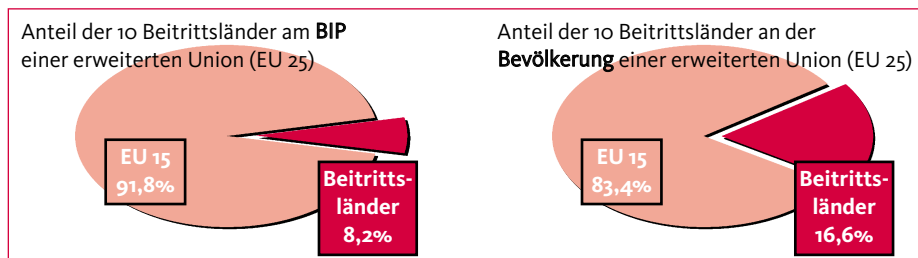
paparlament mitwählen. Und das ist erst der Anfang: Bulgarien und Rumänien sind bereits in der Warteschleife, sie werden wahrscheinlich 2007 aufgenommen.

In Volksabstimmungen haben die östlichen Nachbarn 2003 der Erweiterung zugestimmt – mit überwältigender Mehrheit. Mit der EU-Mitgliedschaft verbinden die meisten Osteuropäer die Hoffnung auf mehr Wohlstand und Demokratie. Aus einem Europa, in dem Ost und West noch vor fünfzehn Jahren Atomraketen aufeinander richteten, wird ein einheitlicher Binnenmarkt mit rund 500 Millionen Einwohnern.

**Die Osteuropäer** haben auf dieses Happy End – wenn es denn eines werden sollte –

penhagener Kriterien«: eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte, die Garantie, Minderheiten zu schützen, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Pflicht, den Acquis Communautaire, das Gemeinschaftsrecht der EU, zu erfüllen.

Für die alte EU gab es also allein aus sicherheitspolitischen Gründen kaum eine Alternative zur Erweiterung. Auch Deutschland profitiert davon und rückt vom Rand ins Zentrum des neuen Europas. »Eine vergleichbar komfortable Sicherheitslage hat es in der neueren deutschen Geschichte nie gegeben«, so der Erlanger Historiker Gregor Schöllgen. Erst recht sehnten sich die Beitrittsländer nach Sicherheit. Zu groß war die



fallen aus den Förderprogrammen der EU heraus. In Deutschland zählen dazu etwa strukturschwache Regionen an der deutsch-tschechischen Grenze, zum Beispiel der Bayerische Wald. Strukturpolitik (rund 36 Prozent) und Agrarbeihilfen (rund 47 Prozent) machen bisher rund vier Fünftel der gesamten Ausgaben der EU aus.

**Trotzdem** sind viele Ängste vor der Osterweiterung unbegründet. Unter dem Strich, so schätzen so gut wie alle Experten, nutzt das Zusammenwachsen Europas sowohl den alten als auch den neuen Mitgliedern. Der Wegfall der Grenzen, das zeigen auch die bisherigen Erweiterungen der EU, führt zu einem höheren Wirtschaftswachstum, von dem alle Länder profitieren werden – wenn auch in einem höchst unterschiedlichen Ausmaß. Denn für die erwachsenen Volkswirtschaften der alten EU spielen die neuen Mitglieder als Absatzmärkte nur eine untergeordnete Rolle. Der Grund: Zusammen verfügen die Neumitglieder gerade einmal über ein Bruttosozialprodukt, das nicht viel größer ist als das der Niederlande.

Für die osteuropäischen Länder bringt der EU-Beitritt dagegen hohe Wachstumsraten. Der Präsident des Münchner Wirtschaftsforschungsinstituts ifo, Hans-Werner Sinn, spricht bereits von einer Entwicklung, »die dem deutschen Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit« ähnlich sein werde. Auch der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ludolf von Wartenberg, verspricht sich von der Osterweiterung ein »Wachstumsprogramm für ganz Europa«.

Die Gewinne aus diesem »Wachstumsprogramm« werden jedoch ganz unterschiedlich verteilt werden. Auch hier gibt es Verlierer. Vor allem die südlichen Niedriglohnländer Spanien, Portugal und Griechenland müssen mit einer schärferen Konkurrenz aus Osteuropa rechnen. Gleichzeitig droht ihnen langfristig eine Verringerung der Fördergelder.

**Deutschland dagegen** zählt wegen seiner geographischen Nähe zu den neuen Mitgliedern zu den großen Gewinnern. Die geringe Entfernung wird zu einem Anstieg des

Außenhandels mit Osteuropa führen, wenn durch den Beitritt die letzten Handelshindernisse beseitigt werden und die Rechtssicherheit für Exporte zunimmt. Auch andere Grenzländer wie Österreich oder Finnland werden durch die Erweiterung besser gestellt.

In den alten EU-Staaten selbst zahlen vor allem schlecht ausgebildete Arbeitnehmer die Zeche. Sie könnten, so fürchten viele, die eigentlichen Verlierer der Osterweiterung werden. Ihnen droht eine Verlagerung von arbeitsintensiven Industrien nach Osteuropa und eine verschärfte Konkurrenz durch Immigranten.

**Die Einheit Europas**, so viel steht fest, braucht auch nach dem Beitritt noch Zeit. Bis die Menschen in Osteuropa das gleiche durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen wie der Rest der EU erwirtschaften, so schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, werden noch mindestens 25 Jahre vergehen. Trotz der absehbaren Anpassungsprobleme, so betont EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, sei die Öffnung nach Osteuropa ohne Alternative: »Was meinen Sie, was wir bezahlen müssten, wenn wir in diesem Raum Unordnung, Unfrieden und Konflikte hätten?!« [5]

Andreas Spannbauer

Der Autor erhielt für seine Diplomarbeit »Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung« den Europa-Preis des Verbands der Berliner Kaufleute und Industrieller.

## SECHS FRAGEN AN INGRID SEHRBROCK

### »Soziale Traditionen verteidigen«

#### Brauchen wir die Osterweiterung?

Ja, wir brauchen sie, weil Europa wieder zusammenkommen muss. Über Jahrhunderte war Europa ein Kulturraum, zu dem die mittel- und osteuropäischen Länder ganz selbstverständlich gehörten. Wissenschaftler, Künstler und Politik blieben über die Grenzen in Kontakt. Ideenaustausch und Inspiration fand trotz der Entfernungen statt. Mit der Osterweiterung kommt zusammen, was zusammen gehört.

#### Stehen aber nicht wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund?

Das ist richtig, weil der Binnenmarkt größer wird. Das hat Vorteile, birgt aber auch Probleme. Der Wettbewerb wird härter werden, Arbeitsplätze werden bei uns in Gefahr geraten, wir müssen mit einem Druck auf die Löhne rechnen. Auch die Beitrittsländer sind in Sorge. Aber es stecken eine Menge Chancen darin, für die neuen und für uns. Der gemeinsame Markt erleichtert den Warenaustausch. Aber Europa ist mehr als das.

Die europäische Idee war ja ursprünglich auch etwas anderes.

Ja, sie war ein großes Friedenssicherungsprogramm. Denn Länder, die sich über Jahrhunderte feindlich gesinnt waren – ich nenne nur Deutschland und Frankreich – tragen heute ihre Konflikte friedlich aus. Die Europäische Gemeinschaft hat die Demokratie stabilisiert und dazu beigetragen, dass soziale Verwerfungen minimiert wurden. Dass es keine kriegerischen Konflikte seit 1945 in Europa mehr gab, wird als selbstverständlich betrachtet, ist es aber nicht. So gesehen, ist die Europäische Union ein Erfolg, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

#### Können wir das europäische Sozialmodell halten?

Daran müssen wir alles setzen. Wenn wir uns mit den USA vergleichen, dann gibt es in vielen Ländern gute Traditionen, die jenseits des Atlantiks geradezu utopisch erscheinen: solidarisch finanzierte soziale Sicherungssysteme, sozialpartnerschaftliche Traditionen, geregelte und kontrollierte Marktmechanismen. Aber die Politik ist im Begriff, das aufs Spiel zu setzen. Unter dem Druck globaler Konkurrenz stellen Wirtschaft und neoliberale Politiker in vielen europäischen Ländern genau das zur Disposition.

#### Sind die mittel- und osteuropäischen Länder auf einer Linie mit diesen Vorstellungen?

Wir können nicht erwarten, dass das, was wir in

Jahrzehnten entwickelt haben, auch den Erwartungen der neuen Mitgliedsländer entspricht. Im Gegenteil, mit der Abkehr vom Sozialismus haben oft neoliberale Konzepte Platz gegriffen, und vieles von dem, was wir als Sozialpolitik verstehen, wurde in die Schublade des Sozialismus geschoben und verworfen. Dass zur Freiheit auch immer die persönliche, aber auch die soziale Verantwortung gehört, ist noch nicht überall angekommen. Aber so selbstverständlich ist diese Überzeugung auch bei uns nicht.

#### Wer soll noch alles in die EU?

Die europäische Einigung richtet sich an ganz Europa. Der Vertrag über die Europäische Union sieht deshalb vor, dass jeder europäische Staat, dessen Regierungssystem auf demokratischen Grundsätzen beruht, die Mitgliedschaft in der Union beantragen kann. Genauer wurden die Kriterien auf dem Europäischen Rat in Kopenhagen 1993 definiert. Europa wird wesentlich größer, aber wir dürfen die Union auch nicht überfordern. Eine Verschnaufpause könnte hilfreich sein. [5]

Ingrid Sehrbrock ist im Bundesvorstand des DGB für den Bereich Jugend zuständig.



# Should I stay or should I go?

**Nicht wenige Arbeitnehmer fürchten im Zuge der Osterweiterung einen Massenansturm auf den einheimischen Arbeitsmarkt. Doch diese Angst ist weitgehend unbegründet.**

In Guben, direkt an der deutsch-polnischen Grenze, ist man nicht gut zu sprechen auf die Osterweiterung. »Lassen Sie mich damit in Ruhe«, schimpft die Augenoptikerin. »Wir wollen nicht, dass die EU-Grenze zu Polen fällt. Dann wird wirtschaftlich alles nur noch schlechter für uns.«

Das Geschäft der skeptischen Dame, die ihren Namen nicht nennen will, liegt nur hundert Meter vom Grenzübergang entfernt. Nicht nur hier, in unmittelbarer Nähe zur Grenze, begreifen viele Deutsche die Osterweiterung als Bedrohung. Nicht wenige Arbeitnehmer fürchten sinkende Löhne und eine höhere Arbeitslosigkeit durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union.

Denn als Bürger der EU werden die Osteuropäer das Recht auf Freizügigkeit genießen. Die Arbeitnehmer dort dürfen also über kurz oder lang ihren Arbeitsplatz frei wählen – überall in Europa. Ein Metzger aus dem angrenzenden polnischen Nachbarstädtchen Gubin kann sich im brandenburgischen Guben genauso einen Job suchen wie in Grenoble, Genua oder Göteborg.

Theoretisch. Denn diese Liste ist aus der Luft gegriffen. Die geographische Entfernung spielt eine herausgehobene Rolle bei der Frage, für welches Zielland sich Auswanderer entscheiden. Die wichtigsten Ziele werden die Grenzländer Deutschland und Österreich sein. Das zeigt schon ein Blick auf die bisherigen Wanderungen, die allerdings gesetzlich begrenzt waren.

**So lebten 1998** rund zwei Drittel aller osteuropäischen Einwanderer, die sich als Gast- oder Saisonarbeiter, Werkvertragsarbeiter oder Grenzpendler legal in der EU aufhielten, in Deutschland, das direkte Grenzen zu Polen und Tschechien hat. Im kleineren Grenzstaat Österreich waren es immerhin noch zwölf Prozent. Für die anderen EU-Mitgliedsstaaten war die Einwanderung in der Vergangenheit dagegen so gut wie bedeutungslos. Nach Portugal, so fand das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) in einer Studie heraus, zog es noch nicht einmal ein Prozent der Osteuropäer.

Auch innerhalb von Deutschland und Österreich spielt die Nähe zur Grenze eine entscheidende Rolle. Hier konzentrierte sich die Immigration bisher auf die grenznahen Bundesländer. Dabei achten jedoch auch die Einwanderer sehr genau auf die Verhältnisse am Arbeitsmarkt. So kam eine Studie im Auftrag der EU-Kommission zu dem Ergebnis, das bisher die Einwanderer aus Osteuropa in Bundesländern mit angespannter Arbeitsmarktlage deutlich unterrepräsentiert sind – in den ostdeutschen Bundesländern liegt der Anteil der Osteuropäer an der absoluten Zahl der Beschäftigten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Auch Arbeitsimmigranten berücksichtigen also bei der Wahl ihres Zielortes die Beschäftigungschancen – selbst wenn sie dafür weiter von daheim entfernt arbeiten müssen.

**Die Nähe zur Grenze spielt eine wichtige Rolle bei der Frage, wohin sich die Arbeitssuchenden wenden.**

**Ökonomen erklären** die Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften maßgeblich mit dem Auftreten von Lohnunterschieden zwischen zwei regionalen Arbeitsmärkten. Arbeitnehmer aus Regionen mit niedrigen Löhnen werden demnach versuchen, dort einen Job zu finden, wo die Löhne höher sind. In diesem Punkt gibt es gewaltige Unterschiede zwischen Deutschland und den Beitrittsländern. So waren die westdeutschen Lohnkosten im Jahr 2000 rund sechsmal so hoch wie die polnischen, siebenmal so hoch wie die ungarischen und einundzwanzigmal so hoch wie die bulgarischen.

**Selbst in den neuen Bundesländern**, in denen das Einkommensniveau wesentlich niedriger liegt, waren die Löhne noch immer vierzehnmal so hoch wie in Bulgarien. In Westdeutschland kostete die Arbeitsstunde 25,80 Euro, in Rumänien war es gerade einmal 1,50, in Litauen 2,70 und in Slowenien immerhin 9 Euro. Im Durchschnitt lag das

Lohneinkommen in den osteuropäischen Beitrittsländern bei 16 Prozent des westdeutschen Lohneinkommens.

Die klaffenden Unterschiede in der Entlohnung könnten dazu führen, dass viele osteuropäische Arbeitnehmer ihr Glück im Westen suchen – und damit die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt zusätzlich verschärfen. Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland dürfte viele Zuwanderer wohl kaum abschrecken, schließlich sieht es in ihren Heimatländern kaum besser aus. So beträgt die Arbeitslosigkeit in Polen und der Slowakei rund 18 Prozent, in Estland, Slowenien und Litauen sind es um die zwölf Prozent. Nur Ungarn liegt mit rund sechs Prozent unter dem Durchschnitt der bisherigen EU (7,7 Prozent).

Hinzu kommt, dass viele Ökonomen daran zweifeln, dass die Arbeitslosigkeit in allen osteuropäischen Staaten genau genug erfasst wird. Im Klartext: Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen könnte höher liegen als in den offiziellen Statistiken angegeben – wie dies allerdings auch in Deutschland der Fall ist. Hohe Lohnunterschiede und schlechte Chancen, einen Job zu finden, stellen also starke Anreize für eine Wanderung von Arbeitskräften dar.

Trotzdem geht kaum jemand davon aus, dass der Ansturm auf den deutschen Arbeitsmarkt tatsächlich so groß sein wird, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Denn Lohnunterschiede sind nur einer von vielen Faktoren, die bei der Entscheidung für eine Wanderung von Bedeutung sind. Hinzu kommt etwa die Frage, ob sich die Wanderung für die ostdeutschen Arbeitnehmer auch im Hinblick auf ihre Qualifikation wirklich auszahlt. Dies scheint bisher in Deutschland kaum der Fall zu sein.

So zeigen empirische Untersuchungen, dass in der Vergangenheit Immigranten aus

## ARBEITSKRÄFTEWANDERUNG

### Wanderungspotenzial von ausgewählten Beitrittsländern nach Deutschland bei Arbeitskräftefreizügigkeit (Schätzergebnisse EIC und ifo) in Tausend

| Land       | Schätzung EIC |          |           |           | Schätzung ifo |          |           |           |
|------------|---------------|----------|-----------|-----------|---------------|----------|-----------|-----------|
|            | Jahr 1        | Jahr 1-5 | Jahr 1-10 | Jahr 1-15 | Jahr 1        | Jahr 1-5 | Jahr 1-10 | Jahr 1-15 |
| Polen      | 66            | 274      | 442       | 541       | 91            | 535      | 931       | 1.144     |
| Slowakei   | 10            | 40       | 63        | 80        | 9             | 55       | 95        | 115       |
| Tschechien | 11            | 46       | 74        | 91        | 9             | 54       | 89        | 104       |
| Ungarn     | 16            | 67       | 107       | 128       | 13            | 77       | 134       | 158       |
| insgesamt  | 103           | 427      | 686       | 840       | 122           | 721      | 1.249     | 1.521     |



Lange erprobt: Polnische Erntehilfe

Foto: fotoklick

Osteuropa vor allem in niedrig qualifizierten Tätigkeiten mit einem geringen Lohnniveau wie dem Gaststättengewerbe oder der Baubranche tätig waren – für einen osteuropäischen Physiker oder Literaturprofessor eine trotz vergleichsweise guter Entlohnung alles andere als attraktive Beschäftigung. Manche Qualifikationen sind gerade wegen der Sprachbarrieren und dem veränderten kulturellen Hintergrund nicht ohne weiteres verlagerbar, betont Elmar Hönekopp vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

### Hinzu kommt das Problem

von versteckter Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, der Arbeitnehmer aus Osteuropa auch nach dem Beitritt noch ausgesetzt sein dürften und die mit der Unterschiedlichkeit von Sprache und Kultur zunimmt. Nicht zuletzt lieben die meisten Menschen das Risiko nicht, sie sind, wie die Ökonomen sagen, »risikoavers«. Und der Umzug in ein anderes Land ist mit großen Unwägbarkeiten verbunden. Zu guter Letzt, erklärt Wolfgang Gerstenberger vom ifo-Institut Dresden, spielen auch kulturelle Faktoren eine Rolle: »Man sagt: Die Tschechen sind sesshaft.«

»Von einer ›Völkerwanderung‹ kann also keine Rede sein«, meint auch der Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsarchiv, Thomas Straubhaar. Mit Blick auf das zurückgehende Bevölkerungswachstum in den alten EU-Staaten werde die Zuwanderung aus Osteuropa kaum negativ ins Gewicht fallen. Schätzungen gehen davon aus dass bei sofortiger Einführung der Freizügigkeit pro Jahr rund 220.000 bis 300.000 Osteuropäer pro Jahr nach Deutschland einwandern würden.

Freilich werden sich durch die Wanderung die Löhne verändern. Im Herkunfts-

land werden sie steigen, weil das Angebot an Arbeitskräften abnimmt. Für diese Länder könnte in diesem Zusammenhang vor allem der so genannte brain drain, also der Verlust von gut ausgebildeten Spezialisten, ein Problem werden. Im Zielland der Wanderung dagegen werden die Löhne, vor allem für gering Qualifizierte, sinken, weil das Angebot an Arbeitskraft zunimmt. Das DIW hat vor einiger Zeit versucht, die möglichen Folgen der Zuwanderung für Löhne und Beschäftigung in Deutschland zu beziffern.

Demnach könnte ein Anstieg des Zuwandereranteils in einer gegebenen Branche um ein Prozent zu einer Verringerung der Löhne um 0,1 bis 0,35 Prozent führen. Gleichzeitig, so die Schätzung, steigt das individuelle Risiko, entlassen zu werden, um 0,2 Prozentpunkte. Zwar sind Schätzungen immer mit Unsicherheiten behaftet. Doch für eine Katastrophenstimmung, so zeigen die Ergebnisse, gibt es keinen Anlass.

Ohnehin wird eine hohe Mobilität von Arbeitnehmern volkswirtschaftlich grundsätzlich positiv bewertet. Für die betroffenen Arbeitnehmer in den Zielländern ist dies jedoch ein schwacher Trost, wenn die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zunimmt. Nicht zuletzt auf Drängen der deutschen Gewerkschaften hat sich die EU bei ihrem Gipfel im schwedischen Göteborg 2001 auf so genannte Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern geeinigt. Die Länder Osteuropas haben die Regelung in den Beitrittsverhandlungen akzeptiert.

**Nach dem Beitritt** am 1. Mai 2004 wird die Möglichkeit, den Arbeitsplatz frei zu wählen, für osteuropäische Arbeitnehmer zunächst für zwei Jahre ausgesetzt. Diese Frist

kann auf Antrag eines Mitgliedsstaats dann noch einmal um drei und dann bei angespannter Lage auf dem Arbeitsmarkt um weitere zwei Jahre verlängert werden. Sprich: Volle Freizügigkeit genießen die Osteuropäer möglicherweise erst im Jahr 2011. Bis dahin, so die Hoffnung der Politiker, sollen sich die Einkommensverhältnisse in Osteuropa so sehr verbessert haben, dass viele Arbeitnehmer dann keinen Grund mehr sehen auszuwandern. Die hohen Wachstumsraten, die viele Beitrittsländer bisher vorweisen können, lassen diese Hoffnung nicht völlig unrealistisch erscheinen.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, hat sich sicherheitshalber bereits dafür ausgesprochen, die Übergangsfristen voll auszuschöpfen. Außerdem hat der DGB bereits ein Kooperationsprogramm mit polnischen und tschechischen Gewerkschaften gestartet. Mit Informationsveranstaltungen, Branchenkontakten und Diskussionsforen sollen Ängste vor Einkommensverlusten auf deutscher Seite abgebaut und der Aufbau von starken Gewerkschaften in Osteuropa unterstützt werden, um »Lohndumping« zu vermeiden. Denn eines ist sicher: Sollten die Lohnunterschiede langfristig bestehen bleiben, hilft eine Begrenzung der Freizügigkeit kaum weiter. In diesem Fall, das ist absehbar, würden sich deutsche Unternehmen eben verstärkt in Osteuropa ansiedeln – mit den entsprechenden Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt. Schließlich stehen auch deutsche Unternehmer ab sofort im Wettbewerb mit den östlichen Nachbarn.

Das hat auch die Brillenverkäuferin im brandenburgischen Guben längst festgestellt. So mancher Gubener, klagt sie, geht inzwischen einfach im polnischen Gubin zum Optiker. ☒

Andreas Spannbauer

### TIPPS

- ☐ Renate Langewiesche, Andras Toth (Hg.): Die Einheit Europas. Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der EU-Erweiterung, Westfälisches Dampfboot, 2002
- ☐ Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Promedia, 2003
- ☐ Belen Balanya, Ann Doherty u.a.: Konzern Europa. Die unkontrollierte Macht der Unternehmen, Rotpunktverlag, 2001
- ☐ DGB-Bildungswerk (Hg.): Die soziale Gestaltung der Osterweiterung der EU. Zur Verantwortung von EU, Staaten und Zivilgesellschaft. [www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)
- ☐ Lernpaket: Europäische Gewerkschaftsakademie (Hg.): Europa Gemeinsam! Gewerkschaften und die Erweiterung der Europäischen Union [www.etuc.org/ETUCO/en/resources/Enlargement/europe-united.cfm](http://www.etuc.org/ETUCO/en/resources/Enlargement/europe-united.cfm) ☒

# Alles dreht sich um den Absatz

*Auch für die Unternehmen bedeutet die EU-Erweiterung ein spannendes, aber riskantes Unterfangen: Sie wollen früh am neuen Markt sein und Standortvorteile in Osteuropa nutzen. Nur: Was haben die Beitrittsländer den alten EU-Ländern eigentlich voraus?*

**D**ie Befürchtung besteht. Aber droht mit der EU-Erweiterung tatsächlich ein so genannter Export von Arbeitsplätzen nach Osteuropa? Fest steht, dass die Beitrittsländer schon jetzt ein beliebtes Ziel für so genannte Ausländische Direktinvestitionen (ADI) aus Deutschland und vielen anderen EU-Staaten sind. Setzt man den Zufluss von ausländischem Kapital ins Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Größe, ist Osteuropa in diesem Bereich weltweit Spitzenreiter: Keine andere Region der Erde ist in den letzten Jahren für die Investoren ähnlich attraktiv gewesen. In Ungarn wird nach Angaben der ungarischen Regierung schon jetzt 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in deutschen Unternehmen erwirtschaftet.

## MITBESTIMMUNG

### Interessenvertretung in den Beitrittsländern

Die mittel- und osteuropäischen Länder bringen drei unterschiedliche Systeme kollektiver Interessenvertretung mit:

**Typ 1:** Nur gewerkschaftliche Interessenvertretung

- Estland (übliche Praxis)
- Lettland (bisher üblich)
- Litauen (bisher üblich)
- Polen (legale Monopolstellung, ausgenommen die noch staatlichen Betriebe)

**Typ 2:** Gewerkschaftsvertretung oder Betriebsrat

- Tschechien (seit 2001)
- Slowakei (seit 2002 werden BR als alternative Regeleinrichtung staatlich gefördert)
- Litauen (ab 2003 im Arbeitsgesetzbuch vorgesehen)

**Typ 3:** Duale Interessenvertretung, also Gewerkschaft und Betriebsrat

- Ungarn (seit 1992)
- Slowenien (seit 1993)
- Lettland (möglich seit 2002)
- Slowakei (Regierungsvorschlag 2003)

Die ADI, also langfristige Kapitalanlagen ausländischer Unternehmer in Form von Filialen oder der Beteiligung ausländischer Kapitaleigner an bestehenden Unternehmen, waren die Grundlage für die erfolgreiche Aufholjagd der osteuropäischen Wirtschaft. Doch in der alten EU nimmt man diese Tendenz vielfach mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis: Die niedrigen Lohnkosten in Osteuropa könnten dazu führen, dass deutsche Unternehmen nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die Folgen wären eine weitere Verlagerung der Produktion nach Osteuropa – oder Konkurs. Beides ginge mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland einher und könnte dazu führen, dass die neuen EU-Mitglieder sich als langfristige Niedriglohnländer mit schlechten Bedingungen für Arbeitnehmer etablieren.

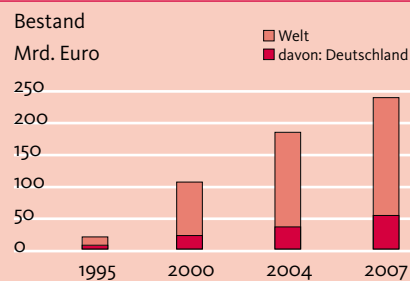
So gut wie sicher ist, dass die Investitionen in Osteuropa mit dem Beitritt am 1. Mai 2004 weiter zunehmen werden. Denn mit der EU-Mitgliedschaft werden sich die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für Kapitalanleger noch einmal deutlich verbessern. Wenn die Beitrittsländer den Acquis Communautaire, also das europäische Recht, übernehmen, nimmt die Rechtssicherheit für Unternehmen in Mittel- und Osteuropa erheblich zu. Diese aber ist eine entscheidende Bedingung für ausländische Investitionen.

**Mit dem Beitritt zur EU** entfällt das Risiko einer erneuten Verstaatlichung. Aber auch in anderen Bereichen gibt es noch Nachholbedarf. So verwies der Internationale Währungsfonds noch vor drei Jahren auf Probleme beim Minderheitenschutz und bei der Garantie von Presse- und Meinungsfreiheit. Die EU-Kommission betont zudem, es sei notwendig, Eigentumsrechte, die Insolvenzgesetzgebung sowie die Bekämpfung der Korruption zu verbessern.

Die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) sieht Defizite im Bereich der Wettbewerbspolitik. Dies spiegelt sich auch in der Einstellung möglicher Investoren wieder: In einer Unternehmensbefragung nannten noch im Jahr 2000 immerhin 60 Prozent aller Befragten »bürokratische Mängel« als Standortprobleme in Mittel- und Osteuropa, fast die Hälfte verwies auf »Infrastrukturdefizite« und beklagte den »schlechten wirtschaftlichen Rahmen«. Jedes dritte Unternehmen gab »keine qualifizierten Arbeitskräfte« als K.O.-Kriterium an.

## INVESTITIONEN

### Direktinvestitionen in den Beitrittsländern



Bei Auslandsdirektinvestitionen spielt vor allem die Erschließung von Absatzmärkten eine wichtige Rolle. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung geht davon aus, dass die Marktgröße gemessen am Bruttoinlandsprodukt die ausschlaggebende Größe bei der Entscheidung für oder gegen Investitionen im Ausland darstellt.

Lohnunterschiede haben demgegenüber eine geringere Bedeutung für die Entscheidung, im Ausland zu investieren: 45 Prozent der Befragten gaben »billige Arbeitskräfte« als Grund für ihre Investitionen an. Allerdings sind die osteuropäischen Arbeitnehmer im Verhältnis zu ihren Lohnkosten auch vergleichsweise gut ausgebildet.

Doch nicht nur die Unternehmen, auch die Arbeitnehmer in Osteuropa profitieren von ADI, weil die Beschäftigungsmöglichkeiten zunehmen. Unternehmen wie Volkswagen setzen zudem auf eine gute Ausbildung ihrer Angestellten.

Eine Übertragung der deutschen Unternehmenskultur auf die Zielorte der Direktinvestitionen ist jedoch bisher nur sehr begrenzt festzustellen, bilanziert Norbert Kluge vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut in Brüssel: »Die Hoffnung, dass sich insbesondere deutsche Unternehmen als Missionare eines gehaltvollen Europäischen Sozialmodells betätigen und ihre kooperativen Unternehmenskulturen übertragen, hat sich als Illusion herausgestellt.«

Nicht zuletzt ist die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in den ehemaligen Ostblockstaaten sehr viel weniger reguliert als in Deutschland. Ein kollektives Verhandlungssystem zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern existiert kaum. Tarifverhandlungen sind die Ausnahme und finden, wenn überhaupt, nur auf Unternehmensebene statt. Die beachtliche Menge an Sozial- und Arbeitsgesetzen steht in schroffem Kontrast zu ihrer tatsächlichen Umsetzung.

Doch mit dem EU-Beitritt nimmt die Re-

gulierung der Arbeitsbeziehungen in Osteuropa zu. Unter dem Acquis Communautaire müssen die Unternehmen auch in Osteuropa einer Reihe von Verhaltensrichtlinien folgen, etwa bei Gesundheits- und Arbeitsschutzbestimmungen sowie Lohnverhandlungen. Insbesondere garantiert Artikel 27 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union den Arbeitnehmern Informations- und Anhörungsrechte.

**Die neuen EU-Mitglieder**, so meint auch Manfred Weiss, Professor für Arbeitsrecht an der Johann Wolfgang von Goethe Universität in Frankfurt am Main, hätten keine andere Wahl, »als ihre Systeme zu einem Konzept der Partnerschaft und Kooperation umzubilden«. Weiss: »Die Frage ist nicht mehr, ob sie Arbeitnehmermitwirkung wollen, sondern nur noch, wie sie diese gestalten, etwa in Form einer Vertretungsstruktur, die in die Gewerkschaftsbewegung integriert ist, oder als duales System, in dem die Arbeitnehmervertreter institutionell von den Gewerkschaften getrennt sind.«

Mit dem Beitritt nehmen also die Anreize für Unternehmen ab, die lediglich auf möglichst niedrige Löhne und kostengünstige Arbeitsbedingungen abzielen. Damit dürfte das Absatzmotiv, also die Erschließung neuer Märkte, gegenüber Kostenmotiven in den Vordergrund treten. Direktinvestitionen aus Absatzmotiven jedoch verhalten sich im Ursprungsland weitgehend arbeitsplatzneu-

tral und tragen im Gegenteil nicht selten dazu bei, wirtschaftlich angeschlagenen Unternehmen über den Berg zu helfen.

Eine Studie des Osteuropa-Instituts München schätzt, dass in Polen, Ungarn und Tschechien von 1990 bis 1997 durch deutsche Direktinvestitionen insgesamt 252.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Zieht man davon den vermuteten Anteil des Dienstleistungssektors (50 Prozent) und der binnenmarktorientierten Produktion (20 Prozent) ab, dann wären in diesen Ländern damals etwa 76.000 Arbeitsplätze durch kostenmotivierte Arbeitsplatzverlagerun-

gen aus Deutschland entstanden. Allerdings stellt sich die Frage, wie viele von diesen in Deutschland fortbestanden hätten.

Dennoch wird der Beitritt der östlichen Nachbarn zur EU den Wettbewerb um die günstigsten Standorte für Unternehmen verschärfen. Inwieweit dies Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt hat, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie erfolgreich die Arbeitnehmer in den Beitrittsländern damit sind, eine Angleichung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen an die Bedingungen in den alten EU-Staaten durchzusetzen. [5]

Andreas Spannbauer



Reemtsma will West auch in Polen absetzen

Foto: Andreas Bastian / Caro

## ANTIRASSISTISCHE BILDUNGSARBEIT

### Vorsicht, Vorurteile!

**Die Öffnung der Grenzen schürt auch Ängste, und die könnten in Nationalismus ausarten. Gewerkschaften setzen auf antirassistische Bildungsarbeit.**

Für rechtsextreme Parteien und Organisationen scheint es eine Chance. Mit der Begründung, noch mehr Ausländer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, wenden sie sich gegen die EU-Erweiterung und versuchen zugleich, Ängste zu schüren. Inwieweit die Aufnahme neuer EU-Mitglieder aber tatsächlich dazu führt, dass rechte Tendenzen dann auch in der Bevölkerung zunehmen, lässt sich nur schwer sagen. In der antirassistischen Bildungsarbeit ist man vorbereitet, schließlich ist Fremdenfeindlichkeit kein neues Phänomen – und das Wissen um die Osterweiterung gering.

»Wir können bisher nicht feststellen, dass sich die Ausländerfeindlichkeit wegen der bevorstehenden Erweiterung der EU verstärkt hat«, sagt Friedemann Bringt, Projektleiter der Mobilen Beratungsteams (MTB) in Sachsen – an die MTBs können sich Personen wenden, die rechte Tendenzen in ihrem Umfeld feststellen. Bringt verweist darauf, dass es schon zu DDR-

Zeiten eine latente Polen- und Tschechenfeindlichkeit gegeben habe, die nach den Erfolgen der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc in den Achtzigern auch staatlich gefördert worden sei. Das Vorurteil »Polen arbeiten zu wenig« sei absolut gängig gewesen. Auch heute sei es unter Jugendlichen teilweise Mainstream, dass »Polen uns die Arbeitsplätze wegnehmen«, und »schick, rassistische Positionen« zu vertreten, aber einen Anstieg rechtsextremer Tendenzen kann Bringt in seiner Arbeit nicht nachweisen.

Auch Berit Schröder, Jugendbildungsreferentin der IG BAU, sieht bisher keine eindeutige Entwicklung. Schon seit den Neunzigern gebe es eine verstärkte Arbeitsmigration aus Polen und Tschechien in die Bundesrepublik. Die Zuwanderung sei also kein neues Phänomen, aus dem sich eine Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen ableiten lasse. Trotzdem ist die Osterweiterung zur Zeit das Hauptthema in der Jugendbildung der IG BAU. »Wir sehen einen Aufklärungsbedarf«, sagt Schröder. Das Wissen über die Erweiterung sei »schwindend gering«.

Ziel gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ist daher, gemeinsam gegen die Ausbeutungsverhältnisse vorzugehen. Schließlich, so Schröder, sei die IG BAU nicht nur eine Gewerkschaft für deutsche Arbeitnehmer, sondern für alle, die in

Deutschland arbeiten. Migration sei nicht allein dafür verantwortlich, dass immer weniger Arbeiter nach Tarif bezahlt würden. Deutsche Schwarzarbeiter hätten genauso Anteil daran. Ganz abgesehen von der Lohnpolitik.

So offen und internationalistisch, wie sich die Gewerkschaft in ihrer Jugendarbeit gibt, ist sie allerdings nicht immer. Immerhin war es unter anderem die IG BAU, die sich mit dem Wunsch an die Bundesregierung wandte, dass der Arbeitsmarkt in bestimmten Branchen für Arbeitnehmer der Beitrittsländer auch nach der Erweiterung der EU über einen Zeitraum von zehn Jahren verschlossen bleiben solle.

Dass damit rechte Einstellungen deutscher Arbeitnehmer unterstützt wurden, will Schröder so nicht bejahen. Sie sieht die Forderung im historischen Kontext und begründet sie mit Studien, die von »horrend hohen« Zuwanderungszahlen im Falle einer Erweiterung sprachen und heute als falsch gelten. Da aber schon heute nicht alle Bauarbeiter den gleichen Lohn oder gar Tariflohn bekämen, habe sich die Gewerkschaft für eine langsame Angleichung ausgesprochen – mit dem langfristigen Ziel, dass ausländische Arbeitnehmer zu gleichen Lohnverhältnissen arbeiten wie deutsche. [5]

Christian Honnens

# Was ist was in Europa?

## Acquis Communautaire

Wörtlich übersetzt: Gemeinschaftlicher Besitzstand. Er umfasst den Inhalt der Grundlagenverträge der EU, die Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung des Gerichtshofs, die angenommenen Erklärungen und Entschlüsse, die Rechtsakte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die in den Bereichen Justiz und Inneres vereinbarten Rechtsakte, die von der Gemeinschaft geschlossenen internationalen Abkommen und die Abkommen, die die Mitgliedstaaten untereinander in Bereichen schließen, die unter die Kompetenz der EU fallen. Dieser Besitzstand entwickelt sich ständig weiter und muss prinzipiell von jedem neuen Mitglied der EU vollständig übernommen werden. Tatsächlich zeigt sich die bisherige EU jedoch beispielsweise einigermaßen großzügig, wenn es um ökologische Standards geht. Weil nicht davon ausgegangen werden kann, dass die neuen Länder sofort in der Lage sein werden, den gesamten Umwelt-Acquis sofort und lückenlos zu übernehmen, werden schon mal Übergangsfristen vereinbart – was nicht immer auf Gegenliebe bei den übrigen Mitgliedstaaten stößt, die sich dadurch benachteiligt fühlen, dass sie unter strengeren Umweltauflagen produzieren müssen als ihre Nachbarn.

## Aktionsprogramm Jugend

Das Programm ist das vorrangige Instrument der EU zur Förderung der Zusammenarbeit im Jugendbereich. Wesentliche Ziele sind die verstärkte Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen in alle Aktivitäten sowie die Unterstützung und Entwicklung von multilateralen Projekten und Netzwerken. Das Programm begann 1999, hat eine Laufzeit von sieben Jahren und ist dafür mit 520 Millionen Euro ausgestattet. Verantwortlich für die Umsetzung ist die EU-Kommission.

[www.jugendfuereuropa.de](http://www.jugendfuereuropa.de)

## Andy Moss (Großbritannien)



Projektassistent beim britischen Gewerkschaftsverband TUC: »Ich glaube, dass die EU-Osterweiterung die EU stärken, aber auch die Ungleichgewichte innerhalb

der Union vergrößern wird.«

**Wäre ich EU-Präsident, würde ich...**

»...versuchen, die Zusammenarbeit und den Austausch von Ideen auf allen Ebenen der Gesellschaft – also beispielsweise sowohl unter Studierenden wie unter Beschäftigten – zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Menschen sollten die Chance haben, sich aktiv in die EU einzubringen, wenn sie es denn wollen.«

## Charta der Grundrechte

In der Charta der Grundrechte der EU ist die Gesamtheit der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen sowie innerhalb der EU lebenden Bürger zusammengefasst. Sie umfasst sechs große Kapitel: die Würde des Menschen, Freiheiten, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und justizielle Rechte.

[www.europarl.eu.int/charter/default\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/charter/default_de.htm)

## EBRD

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wurde 1991 errichtet. Sie soll den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und privates und unternehmerisches Handeln in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten fördern. Mit ihren Investitionen soll sie den Privatsektor unterstützen und die Infrastruktur entwickeln helfen. Ihre Aufgabe ist es, den Wandel zu »katalysieren«. Das geschieht, indem sie Kofinanzierung und direkte Auslandsinvestitionen des privaten und öffentlichen Sektors fördert, zur Mobilisierung von Inlandskapital beiträgt und technische Zusammenarbeit in einschlägigen Bereichen anbietet. Sie arbeitet eng mit internationalen Finanzinstitutionen zusammen. Zumindest ihren Statuten nach fördert sie eine »im Hinblick auf die Umwelt verantwortungsbewusste und nachhaltige Entwicklung«.

## EIB

Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist quasi die Hausbank der EU. Ihre Aufgabe ist es, zur Integration, zur ausgewogenen Entwicklung und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Mitgliedsländer der Union beizutragen. Zu diesem Zweck nimmt sie Geld auf den Kapitalmärkten auf und stellt es zu günstigsten Bedingungen für Investitionsvorhaben bereit, die der Verwirklichung der Ziele der Union dienen.

## EGB

Im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB, siehe auch Seite 15) haben sich die nationalen Dachverbände der Gewerkschaften in den europäischen Ländern zusammengeschlossen. Er sieht seine Aufgaben darin, die sozialen Defizite der Integration aufzuzeigen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, aber auch den sozialen Dialog mit den Arbeitgeberorganisationen zu fördern.

[www.etuc.org](http://www.etuc.org)

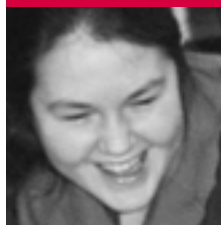
## ERT

Der Europäische Runde Tisch (ERT) der Industriellen ist ein Zusammenschluss von knapp 50 europäischen Topmanagern. Er wurde 1983 gegründet und versteht sich als Lobbyorganisation von Arbeitgeber- und Industrieinteressen.

## EU-Haushalt

Der Finanzrahmen der Europäischen Union ergibt sich aus den Beiträgen ihrer Mitgliedslän-

## Natallia Bykava (Belarus)



Mitglied der Freien Gewerkschaften Belarus:

»Die EU-Osterweiterung wird definitiv positive wirtschaftliche Veränderungen bringen. Aber

die größte Sorge der Gewerkschaften muss es sein, die Wirtschaft zu zwingen, weder die Menschenrechte noch die Lebensstandards zu verschlechtern.«

»Aber wenn Belarus nicht bald von Demokraten regiert wird, könnte die Kluft zwischen der EU und Belarus dramatisch werden.«

der und wird jedes Mal hart verhandelt. Zuletzt zahlten die EU-Länder etwa 0,98 Prozent ihres nationalen Bruttoinlandsprodukts in die gemeinsame Kasse. Möglich wären bis zu 1,24 Prozent – eine Grenze, die die EU-Kommission gerne ausschöpfen würde. Damit würde der EU-Haushalt bis zum Jahr 2013 von derzeit knapp 100 auf 154 Milliarden Euro anwachsen. Der größte Teil des Geldes wird für Agrarsubventionen und Strukturhilfen ausgegeben. Manche Länder erhalten über diese Beihilfen mehr Geld zurück als sie einzahlen. Sie gehören zu den so genannten Netto-Empfängern. Andere, darunter Deutschland, zahlen mehr als sie zurückbekommen. Sie sind die Nettozahler.

## EU-Kommission

Die EU-Kommission ist das ausführende Organ der EU. Sie schlägt Rechtsvorschriften, politische Maßnahmen und Aktionsprogramme vor. Sie besteht derzeit aus 20 Mitgliedern, die alle fünf Jahre jeweils ein halbes Jahr nach der Wahl des Europaparlamentes eingesetzt werden. Je zwei kommen aus Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien, je einer aus den anderen Mitgliedsstaaten. Den neuen Kommissionspräsidenten wählen die Regierungen der Mitgliedsstaaten, der dann mit ihnen gemeinsam die restlichen Kommissare bestimmt. Aktueller Präsident ist der Italiener Romano Prodi. Die laufende Amtszeit endet am 31. Oktober 2004. Weil die Zahl der Kommissare nach der Erweiterung ohnehin zunimmt, bekommen auch die großen Länder dann nur noch ein Amt.

## Europaparlament

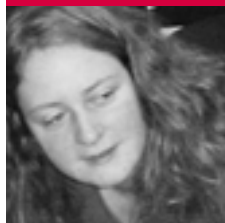
Das Europäische Parlament ist das direkt gewählte gesetzgebende Organ der EU. Sein Sitz ist in Straßburg. Die Wahlen finden alle fünf Jahre statt, das nächste Mal im Juni 2004. Die Mitglieder sind nicht nach nationalen Blöcken, sondern in europaweiten Fraktionen organisiert, zu denen alle wichtigen politischen Parteien aus den Mitgliedsstaaten zusammen gefasst sind. Das

Europaparlament teilt sich die gesetzgebende Gewalt und die Entscheidung über den Haushalt mit dem Europäischen Rat, es übt eine demokratische Kontrolle über die Organe der EU und insbesondere über die Kommission aus.

## Europarat

Obwohl es so klingt, ist der Europarat keine Einrichtung der EU, sondern eine 1949 gegründete zwischenstaatliche Organisation, die unter anderem zur Aufgabe hat, Menschenrechte zu schützen, die kulturelle Vielfalt Europas zu fördern und gesellschaftlichen Problemen wie Rassismus und Intoleranz entgegenzutreten. Er hat unter anderem die Europäische Menschenrechtskonvention erarbeitet und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingesetzt. Sein Sitz ist Straßburg und er hat derzeit 45 Mitglieder, zu denen auch die 15 EU-Staaten zählen.

### Anja Willmann (Deutschland)



Teamerin bei der IG Metall:

»Die EU-Osterweiterung wird die Ostgrenzen nach Osten verschieben.«

»Vorteil ist, dass die Beitrittsländer nicht

länger vom gemeinsamen Markt ausgeschlossen sind. Der Nachteil ist, dass sich die EU insgesamt noch mehr vom Rest der Welt abschottet und an Stärke gewinnt – womöglich auch militärisch. Im schlimmsten Fall wird Deutschland hegemoniale Macht in Europa.«

**Wäre ich EU-Präsidentin, würde ich...**

»...alle Grenzen öffnen.« [5]

## Europäische Verfassung

Im Dezember 2001 berief der Europäische Rat auf seinem Treffen im belgischen Laeken den Konvent ein, der sich unter anderem mit der Frage einer gemeinsamen Europäischen Verfassung beschäftigen sollte. Sie soll die Union nach ihrer Erweiterung handlungsfähig erhalten. Der Konvent, dem neben dem Vorsitzenden Valéry Giscard d'Estaing und seinen Stellvertretern Giuliano Amato und Jean Luc Dehaene Vertreter der Staats- und Regierungschefs der Mitglieds- und der Beitrittsländer sowie Vertreter der jeweiligen nationalen Parlamente, des Europaparlaments und der Europäischen Kommission angehörten, hat einen Entwurf erarbeitet und ihn am 18. Juli 2003 dem Europäischen Rat überreicht. Dem Plan zufolge soll die Europäische Verfassung bis Ende 2006 von allen Mitgliedsstaaten per Parlamentsbeschluss oder Volksentscheid ratifiziert werden. Allerdings ist bislang nicht einmal der erste Schritt getan. Auf einem Gipfeltreffen am 12./13. Dezember 2003 in Brüssel konnten sich die Staats- und Regierungschefs nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen.

Entwurf: <http://european-convention.eu.int> zu finden

## Europäische Verträge

Die europäische Integration beruht auf vier Gründungsverträgen: dem Vertrag über die

Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der am 18. April 1951 in Paris unterzeichnet und am 23. Juli 2002 auslaufen ist, dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), die beide am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet wurden (Verträge von Rom) sowie dem Vertrag über die Europäische Union, der am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichnet wurde und aus der EWG die »Europäische Gemeinschaft« (EG) und letztlich die Europäische Union (EU) machte. Diese Verträge wurden mehrfach geändert und ergänzt – unter anderem durch den Brüsseler Fusionsvertrag vom 8. April 1965, der zur Einsetzung einer gemeinsamen Kommission und eines gemeinsamen Rates führte, und durch den am 26. Februar 2001 unterzeichneten Vertrag von Nizza, der seitdem – und bis zur Verabschiedung einer gemeinsamen Verfassung – Grundlage der Arbeit ist. Er legt beispielsweise die Arbeitsweise der EU-Organe und Institutionen fest und regelt das Abstimmungsverfahren.

## EWSA

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) stellt quasi die Stimme der Bürgergesellschaft dar. Er ist ein beratendes Organ, das Arbeitgeber, Gewerkschaften, Landwirte, Verbraucher und andere Interessengruppen vertritt. Bevor die EU Beschlüsse über Wirtschafts- und Sozialpolitik fällt, muss die Stellungnahme des EWSA eingeholt werden. Er besteht aus derzeit 222 Mitgliedern, die jeweils von ihren Regierungen vorgeschlagen werden. Politisch sind sie jedoch unabhängig. Eine Amtsperiode dauert vier Jahre.

## Gipfeltreffen oder Europäischer Rat

Der Europäische Rat besteht aus den Staats- und Regierungschefs aller EU-Staaten sowie dem Präsidenten der EU-Kommission. Der Europäische Rat tagt viermal jährlich, legt die allgemeinen Leitlinien der EU fest und überprüft die Fortschritte. Er ist das oberste Entscheidungsgremium in der EU. Deshalb werden seine Tagungen als Gipfeltreffen bezeichnet.

## Kopenhagener Kriterien

Im Juni 1993 hat der Europäische Rat auf seinem Treffen in Kopenhagen den Staaten Mittel- und Osteuropas das Recht eingeräumt, der EU beizutreten, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen. Demnach müssen sie nachweisen, dass sie politisch stabil sind, also für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz der Minderheiten in ihrem Land garantieren können. Darüber hinaus müssen sie eine funktionstüchtige Marktwirtschaft vorweisen und den Acquis communautaire (siehe oben) übernehmen.

## Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union, auch Ministerrat genannt, umfasst die nationalen Minister ei-

### Marta Pawlaczyk (Polen)



Journalistin bei der NSZZ Solidarnosc:

»Europa braucht Ruhe und Sicherheit.«  
»Vorteile der Erweiterung sind, dass die Grenzen aufgehoben sind und es we-

niger Probleme gibt, in anderen Ländern zu arbeiten. Der Nachteil ist, dass wir eine schwere Zeit durchmachen müssen, bis wir in den Beitrittsländern unsere Strukturen denen innerhalb der jetzigen EU angepasst haben.«

**Wäre ich EU-Präsidentin, würde ich...**

»... die Subventionen abbauen und versuchen, auf Asien zuzugehen.« [5]

nes Ressorts aller EU-Staaten. Er tritt regelmäßig zusammen, um Detailbeschlüsse zu fassen und europäische Rechtsvorschriften anzunehmen.

## Regionale EU-Förderpolitik

Die regionale Förderpolitik der EU, auch Strukturpolitik genannt, soll Ungleichheiten in der Entwicklung einzelner Regionen ausgleichen helfen (siehe auch Seite 14). Sie richtet sich vorrangig an drei Zielgebieten aus: Zum »Ziel 1« zählen Regionen mit Entwicklungsrückstand. Diese haben Anspruch auf besondere Hilfe, wenn ihr Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (das heißt der Wert der gesamten Wirtschaftsleistung dividiert durch die Bevölkerung) weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt. Die Gebiete erhalten die höchste Förderstufe. Unter dem »Ziel 1« sind auch die neuen Bundesländer förderfähig. Derzeit liegen noch alle ostdeutschen Länder mit ihrer Wirtschaftskraft unter dem EU-Durchschnitt. Ost-Berlin ist seit dem 1. Januar 2000 nicht mehr im »Ziel 1«-Gebiet. Zu dem Gebiet »Ziel 2« zählen Regionen, die Hilfe brauchen, um Probleme auszugleichen, die durch rückläufige Wirtschaft entstanden sind. In der Regel herrscht hohe Arbeitslosigkeit. In Rahmen der »Ziel-2«-Förderung erhalten verschiedene Regionen Westdeutschlands sowie der Westteil Berlins Hilfen. [5]

### Gytis Pleskunas (Litauen)



Mitglied der Jugendsektion der litauischen Gewerkschaftsföderation LPSK:

»Nach der EU-Osterweiterung werden die stärksten Länder weiter-

hin über die schwachen herrschen. Und die Arbeitskräfte der schwächeren werden in die stärkeren Länder abwandern.«

»Ich glaube, dass die EU zusammen brechen wird. Und das ist gut, weil sich dann etwas Neues gründen kann.«

**Wäre ich EU-Präsident...**

»...würde ganz Europa glücklich leben.« [5]

# »Die Attraktivität für Jugendliche ist überschaubar«

*Die Gewerkschaftslandschaft in den Beitrittsländern ist vielfältig, aber auch unübersichtlich, und der Transformationsprozess hat vielen Interessensvertretern Minuspunkte eingebracht. Ein Interview mit Ostexperte **Frank Hantke***

*Herr Hantke, mit der Osterweiterung kommen nicht nur neue Länder in die Europäische Union, es gibt auch eine Vielzahl neuer Interessensvertreter. Wie lässt sich die Gewerkschaftsszene in Osteuropa charakterisieren?*

**Frank Hantke:** Es gibt riesige Unterschiede, weil jedes Land in Osteuropa seine eigenen Gewerkschaftstraditionen hat. Vor allem das Prinzip der Betriebsgewerkschaften ist bei uns kaum bekannt. Diese übernehmen die Aufgaben, für die bei uns die Betriebsräte verantwortlich sind. Darüber hinaus haben sie Tarifhoheit und sind autonom. Sie können sich übergeordneten Organisationen anschließen, müssen das aber nicht.

*Was bedeutet das praktisch?*

In Polen existieren etwa 25.000 Gewerkschaften, die alle eigene Rechtspersonen sind. Die meisten davon haben sich zwar Dachorganisationen angeschlossen – aber eben nicht alle. In manchen Betrieben gibt es daher sechs oder sieben verschiedene Gewerkschaftsorganisationen. Den Mitgliedern ist aber die Form nicht so wichtig. Ihnen ist wichtig, was sie davon haben.

*Durch den Transformationsprozess und die häufig extrem schnellen Privatisierungen sind die Bedingungen für Gewerkschaften in den Beitrittsländern schwierig. Wie können sie ihre Interessen durchsetzen?*

In der Wendezeit sind in allen Ländern von den Arbeitsministern institutionelle Foren eingerichtet worden, wo Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam mit der Regierung über Rahmendaten und die Tarifpolitik verhandelten. Dieser Versuch ist aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vergleichsweise ineffektiv geblieben.

*Was heißt das für die Mitbestimmung?*

Die Beitrittsländer haben sich zwar weitgehend den EU-Grundrechten angepasst. Das



*»Den Mitgliedern ist die Form nicht so wichtig. Ihnen ist wichtig, was sie davon haben.«*

Foto: Peter Andrews / Reuters / E-Lance-Media

heißt, wir haben in vielen Fällen minimale Mitbestimmungs- und Konsultationsrechte. Aber die Praxis sieht anders aus: Die kleinen und mittleren Betriebe sind kaum organisiert. Die großen betrieblichen Strukturen werden abgebaut, während der Dienstleistungsbereich wächst.

*Ist das in allen Ländern ähnlich?*

In der Slowakei sind beispielsweise über 95 Prozent der Unternehmen kleine und mittlere Betriebe. Und dort haben es Gewerkschaften traditionell sehr schwer, die Beschäftigten zu organisieren. In Polen gibt es zwar noch sehr viele Staatsbetriebe. Aber das sind natürlich wiederum Firmen, denen es nicht gut geht. Und dort sind die Gewerkschaften am stärksten – wie etwa im öffentlichen Dienst. Die Frage stellt sich übrigens genauso in Westeuropa. Die alten EU-Staaten haben die gleichen Schwierigkeiten, Gewerkschaften in den kleinen und mittleren Betrieben zu organisieren.

*Je nach Branche produziert der Transformationsprozess Gewinner und Verlierer. Gibt es überhaupt die Möglichkeit, eine gemeinsame Position zu finden?*

Natürlich gibt es ganz unterschiedliche Interessen, aber die gibt es auch innerhalb einer Branche. Da haben wir das marode Stahlwerk, wo die Arbeitnehmer entweder mit Glück ihren Arbeitsplatz erhalten oder aber in vielen Fällen nur noch über die Abfindungen verhandeln können. Die Automobilbranche hingegen floriert, weshalb

dort ganz andere Themen präsent sind. Wir haben unterschiedliche Qualifikationsgrade innerhalb einer Branche und natürlich auch zwischen den verschiedenen Branchen, wo Kollegen schon über Jahre international mit ihren Pendanten in den anderen Ländern zusammenarbeiten. Da wird eine ganz andere Sprache gesprochen. Hier wirkt sich nun die verquere Struktur der Betriebsgewerkschaften aus. In Polen gibt es im privatwirtschaftlichen Bereich keinen Flächentarif. Nirgendwo. Es gibt nur betriebliche Tarifverträge. Das heißt, in einer Branche können Buden, die insgesamt vielleicht nur zehn Kilometer auseinander liegen, völlig verschiedene Abschlüsse erzielen. Oder es gibt gar keine Vereinbarung, weil die Betriebsvertretungen einfach zu schwach sind. Die kleinsten Gewerkschaften haben oft keine tausend Mitglieder. Die größte in Polen hat 200.000 Mitglieder, das sind die Lehrer. Ein Bund, die OPZZ, hat 106 Mitgliedsorganisationen. Mit der Bauerngewerkschaft haben wir im Übrigen nichts zu tun. Sie bildet auch eine Partei, die Samobrona, eine rechte, zum Teil faschistoide Organisation. Sie ist auch von den anderen Gewerkschaften isoliert.

*Welche Hoffnungen oder Befürchtungen verbinden die Gewerkschaften denn mit der Osterweiterung?*

Die EU-Osterweiterung stellt mittlerweile zwar niemand mehr ernsthaft in Frage. Problematisch ist es aber in den Betrieben, die wegen der Globalisierung und der EU-Inte-

gration geschlossen werden müssen. Für die Entlassenen ist der Schuldige dann natürlich klar: die EU. Dass es vermutlich auch ohne die Osterweiterung dazu gekommen wäre, sehen viele nicht.

**Auch in Deutschland gehen viele davon aus, dass sich durch die EU-Osterweiterung die Bedingungen für die Gewerkschaften verschlechtern können.**

Es gibt natürlich krasse Fälle, in denen ganze Verlagerungen stattgefunden haben. Man muss allerdings auch dazu sagen, dass deutsche Unternehmen insgesamt von der Erweiterung profitieren, während es für Polen, Tschechen und Slowaken schon wieder ganz anders aussieht. Durch die Öffnung der Grenzen sind viele osteuropäische Produkte nicht mehr konkurrenzfähig. In Polen findet man im Handelsbereich fast nur noch Multis: französische, deutsche oder britische Konzerne. In den baltischen Ländern sind es die skandinavischen Multis. Die Menschen dort haben sehr schnell mit Globalisierung zu tun gehabt und sie sehr deutlich gespürt, viel schneller als etwa in Deutschland.

**Die Jüngeren können sich zumeist besser auf die schnelle Transformation einstellen.**

**Sind die Gewerkschaften für Jugendliche im Osten noch attraktiv?**

Mir soll keiner erzählen, dass sich die deutschen Gewerkschaften gegenüber jungen Arbeitnehmern besonders attraktiv darstellen. So wie wir agieren, sind wir nicht besonders anziehend für Jugendliche. In Osteuropa kommt allerdings hinzu, dass es in den meisten Ländern keine spezifischen Jugendstrukturen in der Arbeitswelt gibt. Es existiert eine schulische Berufsausbildung, und junge Leute, die in den Betrieb kommen, sind Arbeitnehmer. Dadurch fällt ein Betätigungsfeld für Jugendliche, wo sie sich um ihre eigenen Belange im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit kümmern können, einfach weg. Und da haben die Gewerkschaften auch nichts anzubieten.

Außerdem ist die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in vielen Fällen begrenzt, die Attraktivität für jüngere Menschen ist also überschaubar. Man beginnt erst jetzt darüber nachzudenken, wie junge Leute überhaupt angesprochen werden können, wie man ihre spezifischen Themen aufgreifen kann. Aber in vielen Gewerkschaften gibt es nicht einmal einen Ansprechpartner für

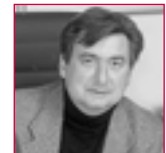
das Thema Jugend, geschweige denn einen Jugendausschuss.

**Wo sehen Sie Perspektiven für die Gewerkschaften?**

Die Chancen werden sich in dem Maße erhöhen, in dem der Gewerkschaftspluralismus sinnvoll zusammengeführt wird. Wenn die Gewerkschaften in der Lage sind, in wichtigen Punkten gemeinsam zu handeln. Polen ist das beste Beispiel. Das Vertrauen in die Gewerkschaften und ihre Durchsetzungsfähigkeit liegt prozentual in den Umfragen leicht unter den von den Gewerkschaften angegebenen Mitgliederzahlen. Das ist katastrophal. Wir haben auf der anderen Seite in Tschechien eine Gewerkschaft, die weitgehend geeint ist. Und dort spielen die Gewerkschaften auch eine gute, eine gestaltende Rolle. In Ländern wie Polen gibts nur Streik oder Niederlage. [5]

Interview: Anton Landgraf

Frank Hantke leitete bislang das Gewerkschaftsprojekt für Mittel- und Nordosteuropa bei der Friedrich-Ebert-Stiftung von Warschau aus. Künftig wird er das regionale Gewerkschaftsprojekt Südosteuropa von Belgrad aus betreuen.



**ÖKONOMISCHE DATEN**

**Die Beitrittsländer**

**Zypern** (800.000 Einwohner)

Wichtigste Wirtschaftszweige sind der Finanzsektor, der Tourismus und die Handelsschifffahrt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2002 betrug 15.218 Euro.

**Tschechische Republik**

(10,3 Millionen Einwohner)

Dass die Tschechische Republik eines der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Beitrittsländer ist, ist nicht zuletzt anhaltenden Investitionen aus dem Ausland zu verdanken. Das Pro-Kopf-BIP beträgt 7.250 Euro.

**Republik Ungarn**

(10,2 Millionen Einwohner)

Der Nordosten Ungarns bleibt nach dem Zusammenbruch der Kohle- und Stahlindustrie sozialer Brennpunkt mit bis zu 20 Prozent Arbeitslosigkeit und schwach entwickelter Infrastruktur. Exporte sind Transportausrüstungen, Maschinen und Elektrogeräte. Die Arbeitslosigkeit betrug 2003 5,8 Prozent, das BIP 2002 6.876 Euro.

**Republik Lettland**

(2,26 Millionen Einwohner)

Sozialstaatliche Elemente des Wirtschaftssystems sind in Form von Koalitionsfreiheit, Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Altersrente verwirklicht. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei etwa 3.393 Euro, die offizielle

Arbeitslosenquote betrug im Juli 2003 8,5 Prozent. Die wichtigsten Exporte der zu 98 Prozent privatisierten lettischen Wirtschaft sind Holz; Metallwaren, Chemikalien und Textilien.

**Republik Litauen**

(3,7 Millionen Einwohner)

Der durchschnittliche Lebensstandard in Litauen liegt bei circa 30 Prozent des EU-Durchschnitts. Litauen gehört somit zu den ärmsten EU-Beitrittskandidaten. Das durchschnittliche Monatsgehalt betrug 2002 332 Euro, der Mindestlohn liegt bei 125 Euro. Ende 2002 lag die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben bei 10,9 Prozent. Das Pro-Kopf-BIP beträgt rund 3.100 Euro. Wichtigste Exportgüter sind Textilien und Mineralölprodukte.

**Republik Estland**

(1,36 Millionen Einwohner)

Estland ist seit 1991 unabhängig und exportiert Maschinen und Elektroprodukte (vor allem im Auftrag der skandinavischen Kommunikationsindustrie) sowie Holz- und Textilprodukte, 70 Prozent aller Exporte gehen schon jetzt in die EU. Die Arbeitslosigkeit betrug 2002 10,3 Prozent, das BIP pro Kopf 4.472 Euro.

**Malta** (390.000 Einwohner)

Die Insel ist seit 1964 von Großbritannien unabhängig. Malta hat eine sehr offene im- und exportabhängige Marktwirtschaft, die wichtigsten Exportgüter sind Elektronik, Maschinen und Transportmittel. Problembereiche sind der öffentliche Sektor und die Werftindustrie. Trockendocks und Werften arbeiten defizitär und wer-

den staatlich unterstützt. Der geplante Stellenabbau erfolgt nur langsam gegen gewerkschaftlichen Widerstand. Das BIP pro Kopf beläuft sich auf 10.500 Euro. Die Arbeitslosenquote blieb 2002 fast gleich und betrug ca. 5,2 Prozent.

**Polen** (38,61 Millionen Einwohner)

Die Arbeitslosigkeit liegt um die 18 Prozent, das BIP pro Kopf bei 5.169 Euro. Dominierende Industrien sind die Metallverarbeitung, die Stahlindustrie, die Textilindustrie und die Chemieindustrie. Die polnische Landwirtschaft zeichnet sich durch einen sehr hohen Anteil kleiner Betriebe, mangelhafte Infrastruktur im ländlichen Raum und das weitgehende Fehlen von Beschäftigungsalternativen aus.

**Slowakische Republik**

(5,89 Millionen Einwohner)

Fast jeder Fünfte ist arbeitslos (18,5 Prozent). Den größten Anteil der Industrieproduktion nehmen immer noch der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die chemische und pharmazeutische Industrie, Energieerzeugung und Metallproduktion ein. Langsame Privatisierungspolitik und geringer Zufluss ausländischen Kapitals verzögerten die Restrukturierung der Betriebe. Ausfuhren sind vor allem Transportmittel, Maschinen und Anlagen sowie Elektronik.

**Slowenien** (1,9 Millionen Einwohner)

Das BIP pro Kopf liegt bei 16.310 Euro (vergleichbar mit Portugal und Griechenland), die Arbeitslosigkeit bei sechs Prozent. Wichtigste Exportprodukte sind Fußbekleidung, Möbel, Haushaltswaren, Maschinen und Transportmittel. [5]

# Verschärftes Wohlstandsgefälle

**Die EU-Strukturpolitik steht nach der Erweiterung vor neuen Herausforderungen. Für den Aufbau Ost ist sie von entscheidender Bedeutung.**

**A**uch der Laie hat die klangvollen Kürzel der Brüsseler Fördertöpfe schon einmal aufgeschnappt, aus denen Milch und Honig für schwach entwickelte europäische Regionen fließen: EFRE, ESF und EAGFL werden die Strukturfonds für Regionalentwicklung, Soziales und Landwirtschaft abgekürzt. Mit rund 30 Milliarden Euro jährlich bilden sie den zweitgrößten Haushaltsposten der Europäischen Union und machen etwa ein Drittel der EU-Gesamtausgaben aus. Ebensoviele Strukturmittel fließen im Laufe der gegenwärtigen sechsjährigen Förderperiode auch nach Deutschland, knapp 60 Prozent davon nach Ostdeutschland. Im nationalen Rahmen entspricht die so genannte Gemeinschaftsaufgabe (GA) von Bund und Ländern dieser europäischen Strukturpolitik. Sie ist für den Aufbau Ost von besonderer Bedeutung. Wenn diese Förderperiode 2006 endet, wird die EU auf 25 Mitglieder angewachsen sein. Und es sind bekanntlich nicht die wohlhabendsten Länder, die beitreten.

Daraus ergeben sich vor allem zwei Probleme, die inzwischen eine Diskussion um die grundsätzliche Neuordnung der Strukturpolitik nach 2006 ausgelöst haben. Die

zehn Aufnahmekandidaten drücken nämlich das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in der gesamten EU deutlich. Dieser Durchschnittswert bestimmt aber die Auswahl der »Ziel-1«-Gebiete, die weniger als drei Viertel dieses Wertes erreichen und Höchstförderung genießen. Durch den statistischen Effekt würden außer den Gegenden um Dessau und Chemnitz alle ostdeutschen Regionen meist knapp über die Fördermarke angehoben und damit ihren vorrangigen Förderstatus verlieren. Betroffen wären allerdings auch Regionen in West- und Südeuropa, in Österreich beispielsweise das Burgenland.

**Die ostdeutschen Länder** haben deshalb EU-Regionalkommissar Michel Barnier schon im April 2003 ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt, das im Grunde bis heute Bestand hat. Darin fordern sie, weiter wie ein »Ziel-1«-Gebiet behandelt zu werden, ohne dass die Kriterien und Förderobergrenzen prinzipiell geändert würden. Barnier versprach jedoch nur eine »gerechte und angemessene« Förderung im Rahmen einer Übergangsphase. Dahin tendiert auch die Bundesregierung.

Werden deutsche Friseure entlang von Oder und Neiße damit überleben können, oder werden Betriebe in den bisherigen EU-Grenzregionen einem zu starken Lohndruck ausgesetzt sein? Sachsen forderte stets ein Sonderprogramm, dass auf die bestehende

Förderung aufgesetzt werden könnte. Mit den im Sommer 2001 zur Verfügung gestellten 195 Millionen Euro für alle 23 gesamteuropäischen Grenzregionen zeigte sich Europaminister Stanislaw Tillich bislang unzufrieden. Mit der EU-Erweiterung wird sich nicht nur der Förderschwerpunkt der Strukturpolitik vom Süden in den Osten verlagern. Auf die Nettozahler der Gemeinschaft, voran Deutschland, kämen auch neue Belastungen zu.

**Die Bundesregierung** hat sich deshalb schon vor einem Jahr in einem Eckpunktepapier vom Ziel möglichst gleichmäßiger Regionalentwicklung verabschiedet. Wie im Inland auch geht der Trend zur Konzentration auf »Leuchttürme«, Ballungsgebiete oder »Wachstumskerne«. Die komfortablen Förderungen der »Ziel-2/3«-Gebiete sollten deshalb zugunsten der »Ziel-1«-Regionen stark reduziert werden. Auch die bündnisgrüne Bundestagsfraktion betont in ihrem Positionspapier vom September 2003 zwar die Solidarität, öffnet sich aber gleichfalls dem Konzentrationsmodell. Am weitesten geht hierin eine Arbeitsgruppe der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover. Ob so die mit dem Beitritt der zehn »Neuen« verschärften Entwicklungsunterschiede innerhalb der EU ausgeglichen werden können, steht allerdings dahin. S

Michael Bartsch

## REGIONALE STRUKTURPOLITIK

### »Relevant sind die weichen Faktoren«

Regionalpolitik und regionale Strukturentwicklung stehen derzeit nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Im Gegenteil, die Bundesregierung plant, ein wesentliches strukturpolitisches Instrument, die Gemeinschaftsaufgabe »Regionale Wirtschaftsstruktur«, entscheidend einzuschränken: Der Bundeshaushalt 2004 sieht den Einsatz der Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe für die alten Ländern nur noch als Option vor. Das dokumentiert ein schwindendes Interesse an regionaler Strukturentwicklung.

Dabei ist regionale Strukturentwicklung das Rückgrat einer Volkswirtschaft: Sie schafft die Bedingungen, die Städten und Regionen erlaubt, im nationalen und internationalen Standortwettbewerb zu bestehen. Und die Schaffung solcher Rahmenbedingungen ist – gerade im Osten Deutschlands – wichtiger denn je.

Für den DGB und seine Gewerkschaften ist regionale Strukturpolitik daher ein wichtiges Politikfeld. Sie treten entschieden für arbeitsorientierte regionale Strukturpolitik ein, deren erstes Ziel mehr Beschäftigung im Rahmen eines nachhaltigen und qualitativen Wachstums ist.

Es geht darum, Regionen Perspektiven zu geben und sie für die Menschen, die dort leben oder leben wollen, attraktiv zu machen. Für den Standortwettbewerb sind deswegen nicht nur die »harten«, sondern insbesondere »weiche« Infrastrukturen wie Schulen und Weiterbildungsmöglichkeiten, Freizeitmöglichkeiten und kulturelles Angebot relevant. Diese verschiedenen Faktoren lassen sich im Rahmen des Konzeptes der Nachhaltigkeit integrieren: In die wirtschaftliche Entwicklung sollen ökologische und soziale Kriterien integriert, die Regionalentwicklung muss in diesem Sinne an die Bedürfnisse ihrer Bewohner angepasst werden.

Ein wichtiger Hebel für die Durchsetzung dieser gewerkschaftlichen Anliegen in der regionalen Strukturpolitik sind die nationalen

und europäischen Gelder für regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik. Wofür Strukturfördermittel ausgegeben werden, zeigt die Prioritätensetzung in der Strukturpolitik. Innovative Ansätze enthält vor allem die Europäische Strukturförderung. Sie setzt auf die Durchführung integrierter Projekte des Regionalmanagements, in denen gezielt die Kooperation aller relevanten Akteure einer Region gefördert wird. Außerdem ermöglichen die europäischen Fonds Einbeziehung der Sozialpartner nicht nur in die Projektarbeit, sondern vor allem auch in die Planung und Umsetzung der Förderung auf Bundes- und auf Landesebene. Diese Art von Transparenz ist wichtig, um gute Ideen und Phantasie zum Zug kommen zu lassen. Nur die gezielte Kombination der verschiedenen Kompetenzen kann letztlich dazu führen, die Ziele regionaler Strukturpolitik zu erreichen. S

Katharina Erdmenger

Die Autorin arbeitet in der Abteilung Strukturpolitik des DGB-Bundesvorstandes.

# Internationale Solidarität



Funktionierende Zusammenarbeit: Der europäische Renault-Streik 1997

Foto: Reuters / E-Lance-Media

**Die Europäisierung der Arbeitsbeziehungen erfordert auch eine Europäisierung der gewerkschaftlichen Arbeit. Die Strukturen dafür gibt es.**

## Die großen internationalen Organisationen: IBFG, WVA und WGB

Weltweit gibt es einen großen und zwei kleinere Verbände, in denen sich nationale Gewerkschaften oder ihre Dachverbände und Bünde zusammen geschlossen haben: Der größte und bedeutendste ist derzeit der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG, [www.icftu.org](http://www.icftu.org)), der sein Hauptbüro in Brüssel hat. Er wurde 1949 – unter Mitwirkung des DGB – gegründet und finanziert seine Aktivitäten über Mitgliedsbeiträge, kooperiert eng mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und arbeitet als Berater für diverse weitere Institutionen der Vereinten Nationen. Kontakte bestehen ebenfalls zum Internationalen Währungsfonds (IWF), zur Weltbank und zur Welthandelsorganisation (WTO).

Der IBFG hat in 150 Ländern weltweit 231 Partner mit rund 158 Millionen Mitgliedern. Darüber hinaus untergliedert er sich in drei regionale Organisationen – APRO für die Asien- und Pazifik-Region, AFRO für Afrika und ORIT für Nord-, Mittel- und Südamerika. Ursprünglich gehörte auch eine europäische Regionalorganisation zum IBFG, die aber 1969 aufgelöst wurde – aus ihr ging der 1973 gegründete Europäische Gewerkschaftsbund hervor. Er ist unabhängig vom IBFG, kann also auch Mitglieder aufneh-

men, die nicht zum Internationalen Verband gehören. Beide Bünde kooperieren jedoch sehr eng.

Der Weltverband der Arbeitnehmer (WVA, [www.cmt-wcl.org](http://www.cmt-wcl.org)) steht in der Tradition des 1929 gegründeten und 1968 dann umbenannten Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschafter. Er hat Mitgliedsorganisationen in rund 110 Ländern auf allen Kontinenten und mehr als 26 Millionen Mitglieder, hauptsächlich aus Drittstaaten.

Der Weltgewerkschaftsbund (WGB) schließt vor allem kommunistische und exkommunistische Gewerkschaften zusammen. Die Organisation steckt seit den Umwälzungen in den ehemals sozialistischen Ländern in einer politischen Krise. Sie unterhält ein europäisches Regionalbüro in Athen.

## Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)

Dem Europäischen Gewerkschaftsbund gehören 77 Gewerkschaftsdachverbände aus 35 Staaten Europas mit 60 Millionen Mitgliedern an. Zwei Gründe führten zu seiner Gründung: einerseits suchten die Gewerkschaften ein wirksames Gegengewicht zu den westeuropäischen Wirtschaftsvereinigungen EG und EFTA. andererseits brauchten sie eine organisatorische Plattform, um den Anforderungen der europäischen Integration »mit einer einheitlichen Stimme zu begegnen«. Der EGB sieht seine Aufgaben darin, die sozialen Defizite der Integration aufzuzeigen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, aber auch den Sozialen Dia-

log mit den Arbeitgeberorganisationen zu fördern. Ein wichtiges Ergebnis in dieser Richtung sind die Richtlinie zur Einführung Europäischer Betriebsräte (EBR) von 1994 sowie das Europäische-Betriebsrätegesetz von 1996 (s.u.). Noch ganz in den Anfängen steckt die Europäisierung der Kollektivvertrags- sprich Tarifverhandlungen, die ein lohn- und sozialpolitisches Dumping in Europa vermeiden sollen.

## Die Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR)

In den IGR arbeiten alle regionalen Gewerkschaftsorganisationen einer Grenzregion zusammen. Der erste IGR entstand 1976 in der Grenzregion Saarland-Lothringen-Luxemburg (Saar-Lor-Lux), in der die Strukturprobleme des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie für eine Krise sorgten. Die Dominanz dieser beiden Industriesektoren, kapitalmäßige Verflechtungen über die Landesgrenzen und das Risiko einer knallharten Standortkonkurrenz zwangen die Vertreter der regionalen Gewerkschaftsverbände zur Zusammenarbeit bei der Wahrung der Rechte von Grenzarbeitnehmern, der Entwicklung einer grenzübergreifenden Beschäftigungspolitik, dem Aufbau eines Sozialen Dialogs mit den jeweiligen Arbeitgebern sowie der Mitarbeit in transregionalen EU-Programmen. Mittlerweile bestehen europaweit 40 Interregionale Gewerkschaftsräte, davon 14 mit deutscher Beteiligung.

## Die Europäischen Betriebsräte (EBR)

Nach dem Europäischen-Betriebsräte-Gesetz von 1996 haben die Beschäftigten eines transnationalen Konzerns oder »gemeinschaftsweit tätigen Unternehmens« das Recht, einen Europäischen Betriebsrat (EBR) zu gründen, wenn das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe mindestens 1.000 Beschäftigte in der Europäischen Union hat und in mindestens zwei dieser Länder jeweils wenigstens 150 Arbeitnehmer beschäftigt. Ist nicht eindeutig klar, ob ein EBR gegründet werden kann, können die Arbeitnehmer eine Auskunft über die Unternehmensstruktur und die Beschäftigtenzahlen in den europäischen Standorten einholen. Inzwischen gibt es – unterschiedlichen Quellen zufolge – zwischen 600 und 800 Unternehmen, in denen Vereinbarungen über die Einrichtung eines EBR getroffen wurden. Das sind rund ein Drittel aller Unternehmen – und damit etwa 60 Prozent aller Beschäftigten, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. 5

# Pilotprojekt bei Airbus

**Eurobetriebsräte gibt es in den multinationalen Unternehmen bereits zu Hunderten. Doch den Azubis und jungen Mitarbeitern fehlt bislang eine eigene Vertretung. Das soll sich ändern.**

**A**irbus ist ein guter Anfang. Denn Airbus ist zunächst ein Luftfahrtunternehmen, aber es ist auch ein Experiment, das sich zu einem europäischen Vorzeigeunternehmen gemauert hat. Und das in verschiedener Hinsicht. Als die Deutsche Aerospace und die französische Aerospatiale sich 1970 zu einem Konsortium zusammenschlossen, geschah das vor allem, um Boeing, der übermächtigen Konkurrenz aus den USA, ein europäisches Schwergewicht entgegenzusetzen. 1971 trat die spanische CASA bei, 1979 die British Aerospace. Als sich alle Konsortiumsfirmen außer British Aerospace im Jahr 2000 zur European Aeronautic, Defense and Space Company EADS zusammen taten, wandelten sie auch den losen Zusammenschluss Airbus in eine normale Gesellschaft um, die Airbus SAS, die ihren Sitz in Toulouse hat.



Airbus: Experiment europaweite Zusammenarbeit

Foto: Achim Duwenhäuser / teamwork

Schon 1998 verkaufte Airbus mehr Modelle als Boeing, aber erst im letzten Jahr hatte das Unternehmen auch den höheren Umsatz. Das Unternehmen beschäftigt weltweit 48.500 Menschen und hat allein in Europa 16 Standorte in Frankreich, Deutschland, Spanien und Großbritannien.

Einen Europäischen Betriebsrat (EBR) gibt es deshalb schon länger. Nun soll Airbus auch den Rahmen für ein weiteres Ex-

periment abgeben: für die Europäisierung der Vertretungsstrukturen von Jugendlichen und Auszubildenden.

Vorangetrieben wird das Projekt von Jacques Bister und Michael Holdinghausen von der DGB Jugend West. Aber auch ohne die – bereits vorhandenen – Auslandskontakte des Airbus-Betriebsrates und der gesamtdeutschen Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) wäre es schwierig geworden.

## DAS BEST-PRACTICE-MODELL BEI AIRBUS

### Ein Werkstattbericht

Immer mehr Jugendliche sind in multinationalen Unternehmen beschäftigt und werden im Rahmen ihrer Ausbildung auch häufig an Standorte im Ausland entsendet. In den dortigen Arbeitnehmergremien haben sie jedoch keinerlei Stimme. Das ist nicht nur eine praktische Erfahrung vieler Auszubildender, sondern lässt sich auch durch Studien des Europäischen Gewerkschaftsinstituts stützen. Ein unhaltbarer Zustand, finden Michael Holdinghausen und Jacques Bister vom DGB West, die schon im September 2003 ein Projekt starteten, das die »Partizipation von Jugendlichen in multinationalen Unternehmen« gewährleisten und verbessern soll.

Schon im Vorfeld des Projekts hatten Bister und Holdinghausen die internationale Jugendbildungsarbeit mit bi- und trinationalen Seminaren vorangetrieben sowie verstärkte Kontakte zu den ausländischen Partnerorganisationen des DGB West aufgenommen. Gemeinsam mit dem Französischen Gewerkschaftsverband Force Ouvriere in Dijon, der UGT Valencia, der CGIL Florenz sowie der ungarischen VdSZ beantragten sie bei der Europäischen Kommission in Brüssel eine Förderung für das transnationale Projekt. Unterstützt wurden sie von der EGB-Jugend, dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut und dem Bundes-

bildungszentrum der DGB-Jugend. Schon ab August 2003 konnte Jacques Bister mit der Vorbereitung und Betreuung beauftragt werden.

Anfangs ging es vor allem darum, über Datenbanken des Europäischen Gewerkschaftsinstituts und andere Recherchewege Informationen zu den Standorten und Hauptsitzen der relevanten multinationalen Unternehmen zu sammeln. Als besonders schwierig stellte es sich heraus, bei den Partnerorganisationen, also den ausländischen Gewerkschaften, die richtigen Ansprechpartner für den Bereich Jugend zu finden.

Vom 26. bis zum 31. Oktober trafen sich schließlich alle zu einer ersten gemeinsamen Besprechung in der Bildungsstätte der Arbeiterkammer im Saarland in Kirkel. Dort ging es darum, die jeweiligen Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungssysteme der anderen Länder sowie den EGB und seine Arbeit kennen zu lernen und erste gemeinsame Ziele zu verankern. Außerdem sollten gemeinsame Schulungen an den jeweiligen Standorten multinationaler Unternehmen, die Jugendliche für eine gemeinsame europäische Vertretungsform sensibilisieren können, entwickelt werden. Die Überlegungen, welche multinationalen Unternehmen Standorte in den Regionen der beteiligten Partnerorganisationen haben und welches sich besonders für ein Best-Practice-Modell eignet,

konzentrierten sich schnell auf den Airbus-Konzern – schließlich hatte die DGB-Jugend West mit den dort beschäftigten Jugendlichen bereits ein Jahr zuvor ein europäisches Seminar veranstaltet, das zum Ziel hatte, Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche innerhalb des Europäischen Betriebsrates (EBR) zu verankern.

Zu einem zweiten Seminar im März im spanischen Valencia waren auch verantwortliche Gewerkschafter und Euro-Betriebsräte eingeladen, mit denen gemeinsam die Basis für eine aktive Beteiligung Jugendlicher an den Arbeiten des EBR gelegt werden sollte. Im Mai 2004 findet in Brüssel eine größere Internationale Konferenz statt, bei der die Verantwortlichen und die Vorsitzenden der regionalen Dachverbände gemeinsam mit dem EGB, den Europäischen Betriebsräten der bisher betroffenen multinationalen Unternehmen, der Europäischen Kommission sowie Verantwortlichen der Einzelgewerkschaften nach Möglichkeiten Ausschau halten werden, wie das Projekt auch zukünftig weitergeführt und vor allem auf eine breitere Grundlage gestellt werden kann.

Potenzielle Teamer und Verantwortliche der Jugendabteilungen der Einzelgewerkschaften mit direktem Bezug zu multinationalen Unternehmen sind herzlich eingeladen, Bister und Holdinghausen zu kontaktieren. [\[5\]](mailto:Jacques.Bister@dgb.de) J. B.

Jacques.Bister@dgb.de

**Es begann im Herbst 2002** mit einem ersten Treffen im Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel, zu dem junge Mitarbeiter und Auszubildende von Airbus zusammen kamen, um die Sozialpolitik in der Europäischen Union zu diskutieren und die Art der Interessenvertretung von Arbeitnehmern in Frankreich und Deutschland und besonders des EBR zu vergleichen sowie die Möglichkeit für Azubis und junge Mitarbeiter auszuloten, ihr Mitspracherecht in den multinationalen Unternehmen zu stärken. Aus dem Kontakt wurde Zusammenarbeit und schließlich ein Best-Practise-Modell: Die Mitsprache sollte es nicht nur auf dem Papier geben. Ziel ist eine Betriebsvereinbarung, in der jugendspezifische Rechte berücksichtigt werden sollen. Bisher hat der Airbus-EBR die Idee unterstützt. Der Erfolg ist also wahrscheinlich.

Konkret soll das neue Gremium ähnlich konstruiert sein und arbeiten wie eine deutsche JAV – nur dass es nicht nur überregional, sondern auch übernational arbeitet. »Die Aufgabe müsste sein, dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung innerhalb des Unternehmens an allen Standorten vergleichbar gestaltet ist«, erklärt Andreas Schmidt, der seit September 2000 im Hamburger Airbus-Werk zum Fluggerätemechaniker ausgebildet wird und Mitglied der dortigen JAV ist. Und dass die Ausbildung ins-

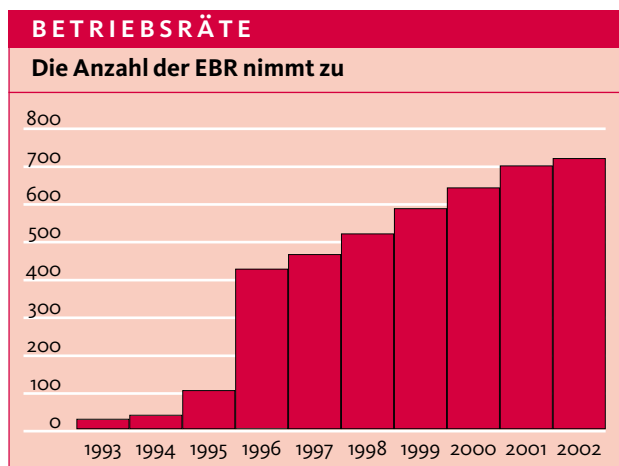
gesamt verbessert werde. Zudem müsse die gemeinsame Einrichtung die Informations- und Mitspracherechte haben, die sie bräuchte, um die Umsetzung von Beschlüssen zu überwachen. »Außerdem könnten wir länderübergreifende Forderungen gegenüber dem Management besser durchsetzen.«

**Nach den bisherigen Plänen** soll das europäische Jugendgremium aus Repräsentanten aller Standorte bestehen, die eine Jugendvertretung haben. Das wären zumindest alle deutschen Werke, in Spanien dagegen wird beispielsweise gar nicht ausgebildet. Ein zentrales Büro ist nicht vorgesehen. Schließlich gibt es inzwischen genug technische Möglichkeiten, mit denen die verschiedenen gewählten Mitglieder von jedem beliebigen Ort telefonisch oder elektronisch miteinander kommunizieren könnten. Die gemeinsame Sprache soll Englisch sein. Die nationalen JAVen würden natürlich bestehen bleiben, so Schmidt. »Es gibt doch immer regionale Probleme.«

Dass die Umsetzung nicht einfach wird, ist klar.

Allein die Zusammenarbeit in den verschiedenen deutschen Werken im Rahmen einer gemeinsamen JAV ist kompliziert genug – und das schon ohne Sprachbarrieren. Derzeit konzentriert sich die Arbeit darauf, die Ausbildung zu harmonisieren, zu verbessern – und die JAV-Arbeit mit den beruflichen Anforderungen vereinbar zu machen. Hier brauche man vielleicht doch Freistellungen für ausgelernte JAVis, damit man sich auch auf andere Probleme konzentrieren könne, so Schmidt. Dann könne man sich beispielsweise auch um die Frage kümmern, wie man Mitsprachemöglichkeiten beim EBR erwirkt. [S](#)

Enno Bolten



## EGB-Jugend – das sind wir alle

*Jugendliche sind in den europäischen Gewerkschaften höchst unterschiedlich eingebunden. Beim Dachverband in Brüssel gelten ihre Vertreter als das »jugendpolitische Gewissen der Ausschüsse«.*

**A**ls ich mal wieder vor der nur halbversammelten Mannschaft des EGB-Jugendvorstands stand und mich nach dem Verbleib der Nichtanwesenden erkundigte, bekam ich zu hören, dass diese wichtige Termine »zu Hause« hätten. Dem Gesichtsausdruck der EGB-Jugendsekretärin war ein gewisses Unverständnis zu entnehmen – schließlich sei doch die »EGB-Jugend die EGB-Jugend«.

Genau darin liegt das Dilemma: Ich verrete seit über zwei Jahren die Gewerkschaftsjugend des DGB und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) bei der EGB-Jugend. Und seitdem ist mir klar, dass »zu Hause« nur wenige Kollegen von der EGB-Jugend wissen oder wissen wollen. Und bei Interessierten herrscht oft ein Missverständnis über Größe und Macht der Organisation.

Der EGB vertritt 60 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aus 35 Ländern, die in 77 nationalen Dachverbänden in ganz Europa

organisiert sind. Wer mit diesen gigantischen Zahlen im Hinterkopf nach Brüssel fährt, wird enttäuscht sein, wenn er auf dem Boulevard du Roi Albert II die gesamte EGB-Machtzentrale auf nur zwei Büroetagen untergebracht findet.

Der erste Eindruck täuscht. Denn der Einfluss des EGB wächst. Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Spitzenorganisation der europäischen Arbeitgeberverbände, UNICE, dem Europaparlament und der EU-Kommission. Außerdem organisiert er Kampagnen und Demonstrationen.

Bei der Jugend sieht das etwas anders aus. Nicht alle Gewerkschaften in Europa haben Jugendstrukturen, und noch weniger fördern diese auch. Das spiegelt sich auch beim EGB wider. Der Jugendvorstand besteht aus sieben Mitgliedern, die die verschiedenen Ländergruppen vertreten – immerhin ist gerade noch ein Mitglied für die Region Ost hinzu gekommen. Die Mitglieder nehmen an den Fachausschusssitzungen des EGB teil, um ju-

gendrelevante Fragen in Erinnerung zu halten. Pathetisch gesagt, sind wir das jugendpolitische Gewissen der Fachausschüsse.

Außerdem vertreten wir die europäische Gewerkschaftsjugend nach außen – zum Beispiel im Europäischen Jugendforum. Da wir so gut wie kein eigenes Budget haben, erschöpft sich der Rest in einer Handvoll weiterer Veranstaltungen.

Die Gewerkschaften müssen sich entscheiden, ob sie die Jugend auf europäischer Ebene nur als Anhang einer Gewerkschaftslobby zulassen – oder ob sie eine Organisation wollen, die eine neue europäische Gewerkschaftsidentität entwickeln könnte, die andere Antworten auf Standortkonkurrenz und Sozialabbau hat. Soziale Sicherung lässt sich nur über Ländergrenzen hinweg erstreiten. EGB-Jugend, das sind wir alle. [S](#)

Domenico Perroni

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender des EGB-Jugendvorstands.



# Europa bundesweit

*Früher ging Jugend und Europa bloß per Interrail. Heute kann man sich vor EU-Aktion kaum retten. Zumindest bei der DGB-Jugend. Beispiele jugendgewerkschaftlicher Arbeit und Freizeit – für, in und wegen Europa*

## IG BCE

Die IG BCE Jugend kümmert sich schwerpunktmäßig um die Entwicklung des European Chemical Club (ECC). Stefan Soltmann, Jugendsekretär der IG BCE: »Ziel ist, dass wir in den nächsten Jahren der erste jugendpolitische Gewerkschaftszusammenhang auf europäischer Ebene sein werden, der tatsächlich kontinuierlich an Inhalten und Projekten arbeitet und über selbstständige Strukturen verfügt.« Seit drei Jahren feilt man daran, dieses Jahr fand die dritte Konferenz statt. Österreich, Deutschland, Ungarn, Polen und die Slowakei, Slowenien, Litauen sowie England machen mit.

Soltmann: »Nachdem es zuerst notwendig war, Grundinformationen über die jeweiligen Organisationen auszutauschen, können inzwischen zunehmend inhaltliche Aspekte angesprochen und weiter entwickelt werden.« So seien die inhaltlichen Schwerpunkte auf der diesjährigen Konferenz die Themen »Jugendarbeitslosigkeit in Europa und nationale Konzepte zu ihrer Bekämpfung« sowie Qualifizierung und Ausbildung gewesen.

[www.future-igbce.de](http://www.future-igbce.de)

## IG BAU

Die IG BAU-Jugend hat ein Mega-Programm. Jugendbildungsreferentin Berit Schröder beschreibt die Ziele der Europaarbeit grundsätzlich mit »über den Tellerrand schauen«. Konkret geht es beispielsweise darum, eventuelle Bedenken von jungen Gewerkschaftern bei der EU-Osterweiterung zu entkräften.

Weil die Europäisierung besonders für die Baubranche relevant ist, steht denn auch die gesamte Jugendarbeit 2004 unter dem Europa-Motto. Schröder: »Ziel ist es, europäische Länder kennenzulernen, kritisch über fehlende Sozialstandards auf EU-Ebene zu diskutieren und die Perspektiven europäischer Gewerkschaftspolitik zu behandeln.«

Das soll unter anderem auf dem Bundesjugendtreffen Pfingsten 2004 passieren. Es gibt einen »internationalen Austausch mit europäischen Delegationen« sowie eine Tour d'Europe – das heißt, einen gemeinsa-



Europa macht Spaß – und müde

Foto: Michael Holdinghausen

men Bus-Trip von Gewerkschaftern aus sieben Ländern – quer durch Europa. Außerdem findet das Fünf-Länder-Treffen mit Delegationen der Bau-Gewerkschaften aus Dänemark, Niederlanden, Deutschland, Schweiz und Österreich dieses Jahr in Deutschland statt.

Zusätzlich zu den großen Events bietet die IG BAU-Jugend regelmäßig Fahrten nach Polen an. Im Zentrum steht der Besuch des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz.

»In Krakau nehmen wir aber auch Kontakt mit polnischen Jugendlichen auf«, so Schröder. Die Fahrten finden im Rahmen des Xenos-Projektes »Bau-Auf-Mich« statt.

Ein ähnliches Angebot gibt es einmal im Jahr für Weißrussland, wo Jugendliche konkrete Aufbauhilfe in einem Kinderheim leisten können.

[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

## IG Metall

Im Vordergrund der Europaarbeit des Bundesvorstandes der IG Metall-Jugend steht das alljährliche Fünf-Länder-Seminar, das in diesem Jahr ebenfalls in Deutschland statt findet. Wo und wie, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Es wird wie in jedem Jahr eine Woche lang diskutiert werden, und zwar über das System der beruflichen Bildung, die Struktur der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessensvertretung sowie die politischen Systeme der beteiligten Länder. Hauptthema ist aber: Jugendarbeitslosigkeit und Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften. Das Seminar wird von

den Jugendverbänden der Metallgewerkschaften aus Österreich, Ungarn, Luxemburg, Schweiz und Deutschland getragen.

[www.jugend.igmetall.de](http://www.jugend.igmetall.de)

## TRANSNET

Die TRANSNET-Jugend hat laut Jugendsekretär Gunter Ebertz folgendes auf dem Plan: »2004 wollen wir bei der europäischen Arbeit vor allem die Kontinuität steigern. Darüber

hinaus soll der Grundstein für eigene Jugendstrukturen

innerhalb der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) gelegt werden.« Hintergrund sei, dass die bereits erfolgten und die geplanten Liberalisierungsmaßnahmen im Verkehrssektor »geradezu eine Intensivierung der Zusammenarbeit erzwingen«.

Wie im Jahr 2003 wird die Transnet-Jugend insgesamt drei Internationale Jugendseminare in ihrer Bildungsstätte in Eze sur mer an der südfranzösischen Mittelmeerküste durchführen.

[www.transnet-jugend.org](http://www.transnet-jugend.org)

## DGB Bayern

Der DGB-Bezirk Bayern veranstaltet Dreiländer-Seminare mit den Nachbarn im Süden, den Österreichern und den Südtirolern. Im Mittelpunkt stehen dabei Themen wie Rechtsextremismus in den einzelnen Ländern oder die unterschiedlichen Entwicklungen bei der Beruflichen Bildung.

Aus dem Thema ungleiche Ausbildungssysteme habe sich, so Landesjugendsekretär Thomas Rudner, eine Kooperation mit der Österreichischen Gewerkschaftsju-

**Es geht ums Kennenlernen, um gemeinsames Diskutieren und um neue Perspektiven.**

gend (ÖGJ) Oberösterreich, Salzburg und Tirol entwickelt, in die auch die Junge NGG bzw. die Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe (HGPD) Salzburg einbezogen sind. Schwerpunkt sind die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im Gastronomiebereich.

Darüber hinaus ist die DGB-Jugend in Bayern laut Thomas Rudner dabei, Beziehungen zur Gewerkschaftsjugend in Tschechien aufzubauen. Dies gestaltet sich »etwas schwieriger«, weil die dortigen Strukturen – sofern es sie überhaupt gibt – nicht mit den hiesigen kompatibel seien.

[www.dgb-jugend-bayern.de](http://www.dgb-jugend-bayern.de)

### DGB-Jugend West

Die DGB-Jugend West hat insgesamt drei Projekte am Start. Die Installierung von gemeinsamen Jugendvertretungsstrukturen in transnationalen Konzernen, das internationale Jugendcamp und das Projekt »Workers beer company«. Das Jugendcamp findet in diesem Jahr zum dritten Mal statt. Gewerkschafter aus Spanien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Schweden, Italien, Großbritannien waren bisher immer dabei. Außerdem noch mindestens Vertreter zehn weiterer Nationen, die in Deutschland leben und arbeiten.

Dieses Jahr vom 10. bis 13. Juni ist auf der Loreley auch die DGB-Jugend Hessen dabei, und ver.di will hier das Bundesjugendtreffen abhalten. Das Ganze trägt den Namen »Sommerspektakel« und soll 2.000 BesucherInnen auch aus Frankreich, Spanien, Ungarn, Tschechien, Schweden, Großbritannien, Luxemburg, Belgien, Italien, Schweiz und Österreich anziehen.

Drittes Projekt der DGB-Jugend West ist die enge Zusammenarbeit mit englischen KollegInnen. »Gemeinsam haben wir – initialisiert durch einen Jugendaustausch des Hauses der Gewerkschaftsjugend – ein deutsch-englisches Projekt auf den Weg gebracht: die »Workers beer company«, so der Landesjugendsekretär von Rheinland-Pfalz Michael Holdinghausen. Die Company sehe ihre Aufgabe in der Aus- und Mitgestaltung von nationalen wie internationalen Festivals, kulturellen Veranstaltungen und anderen multikulturellen Festivitäten. »Wie auch das britische Pendant versteht sich die Workers beer company in der Bundesrepublik als eine GmbH mit sozialem und gesellschaftspolitischem Anspruch.«

[www.dgb-jugend-rlp.de](http://www.dgb-jugend-rlp.de); [www.workersbeercompany.de](http://www.workersbeercompany.de)

### DGB Berlin-Brandenburg

Der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg ist europamäßig unter anderem an Berufsschulen tätig. Einer der sieben Projekttag, die der

Bezirk Berufsschulen anbietet, heißt »Europa unlimited. Ein Projekttag zum Europa der Zukunft – und was das mit Dir zu tun hat«. Der Projekttag fand vergangenes Jahr an 21 Berufsschulen (Ost und West) statt. Ziel der sechsstündigen Aktion ist laut Projekt-Mitarbeiterin Susann Rührich, »das Bewusstsein für ein offenes und solidarisches Europa zu stärken«.

Dabei sei es wichtig gewesen, klar zu machen, dass neben Frankreich und Spanien auch Polen und Bulgarien zu Europa gehören. »Für die Situation dort wollen wir sensibilisieren – die Menschen sind in ihren Wünschen und Hoffen da nämlich gar nicht so anders als die Berufsschüler hier.« Ein Problem sei aber, dass sie in vielen Köpfen »zum Sündenbock für eine als schlecht empfundene Situation hierzulande« gemacht würden.

[www.berlin-brandenburg.dgb.de/jugend](http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/jugend)

### DGB Nordrhein-Westfalen

Was veranstaltet Nordrhein-Westfalen? Laut René Koroliuk, Pädagogischer Leiter des DGB-Bildungszentrum Hattingen, eine große europäische Sommerakademie »zwecks Ausbau von Kontakten und zwecks Abbau von Fehleinschätzungen«. Acht Tage im August diskutieren im DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen hiesige Gewerkschafter mit Vertretern der britischen Dachgewerkschaft GMB und der lettischen Gesundheitsgewerkschaft LVSADA, mit den französischen Jusos MJS France, mit Studenten aus Ungarn und dieses Jahr zum ersten Mal auch mit Teilnehmern aus Polen und Rumänien. Das Thema wird sehr wahrscheinlich Diskriminierung lauten, die Diskussionen sollen sich insbesondere um die Benachteiligung von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt drehen.

[www.dgb-jugend-nrw.de](http://www.dgb-jugend-nrw.de)

### DGB Hessen

Der DGB-Bezirk Hessen meldet das Projekt »Netzwerk für eine europäische Jugendbeteiligungsoffensive«. Anlass ist der Trend bei jungen Leuten, sich auf internationaler Ebene politisch aktiv einzumischen. Idee: Das Netzwerk soll sich um die Vernetzung von ehrenamtlichen aktiven und vor allem jungen Menschen auf europäischer Ebene kümmern und ihnen, so das Skript, »Handlungswissen und Qualifikationen zu den verschiedenen Aspekten der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zur Partizipation von Jugendlichen am europäischen Integrationsprozess« vermitteln. Dazu muss sich das Netzwerk natürlich erst einmal finden. Als Kerngruppe anvisiert sind bislang die Friedensschule Monte Sole und das Institut

Istoreco (Emilia Romagna, Italien), die Bildungsstätte Mikuszewo und das Forum Kultur Poznan, die DGB-Jugendbildungsstätte Fulda und die DGB Jugend Hessen.

[www.hessen.dgb.de/jugend](http://www.hessen.dgb.de/jugend)

### DGB-Jugend Baden-Württemberg

Die DGB-Jugend Baden-Württemberg hat seit zehn Jahren Kontakt zur Gewerkschaftsjugend in Katalonien. Landesjugendsekretär Dimitrios Galagas: »Jedes Jahr haben wir Delegationen auf unserem DGB-Jugendcamp in Markelfingen zu Gast, es finden regelmäßig Jugendbegegnungen und Fachkräfte-Austausch-Maßnahmen statt.« Darüber hinaus bestünden Kontakte zu italienischen, rumänischen, schweizerischen, slowakischen, tschechischen, österreichischen, luxemburgischen, britischen, französischen und belgischen Jugendlichen. Auch diese seien regelmäßig in Markelfingen zu Besuch. In diesem Jahr finden die internationalen Camps vom 7. bis 20. August und vom 21. August bis 3. September 2004 statt. [5]

[www.dgb-bw.de/jugend](http://www.dgb-bw.de/jugend)

Enno Bolten

## SPLITTER

### Detektivischer Spürsinn gefragt

Der Turmbau zu Babel muss dagegen ein Kinderspiel gewesen sein: 25 Mitgliedsstaaten der EU bedeuten auch eine erkleckliche Anzahl von Sprachen. Schon die jetzigen elf Amtssprachen der 15 alten Mitgliedsstaaten haben zu genug Verwirrung geführt. Erst im Laufe der Jahre setzten sich alle Amts- auch als Arbeitssprachen durch. Und erst seit nach den großen Sprachenstreits von 1999 und 2001 ist klar, dass nur auf informellen Ministertreffen mit den drei großen Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch ausgekommen werden muss.

Das Europaparlament beschäftigt deshalb 500 feste und 500 freie Dolmetscher, bei jeder Sitzung kommen bis zu 30 von ihnen zum Einsatz. In neun Kabinen sitzen dann drei Simultandolmetscher, die je drei Sprachen sprechen – und dabei auch das juristische und fachliche Kauderwelsch der im Parlament behandelten Themen verstehen. »Wir durchschlagen taktische Knoten und folgen verschlungenen Argumentationslabirinth«, sagt ein deutscher Übersetzer. Dabei müsse man nicht nur die verbale Sprache zu deuten wissen, sondern auch Mimik und Körperhaltung, um eventuelle Ironie herauszufiltern. Das Spannendste aber sind Reihenübersetzungen: Weil nicht jeder Dolmetscher jede Sprache spricht, sind auch die Genies auf die Hilfe der Kollegen angewiesen. So landet der griechische Antrag schon mal auf dem Weg übers Bulgarische und Französische endlich auf Deutsch im richtigen Ohr. Hoffentlich nicht nach dem Prinzip Stille Post. [5]

**+ Ein besseres Europa**  
 Wer sich weitergehend mit der EU-Verfassung, Alternativen in der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und Fragen von Demokratie beschäftigen will, sei auf die »Euromemoranden« verwiesen. Diese werden alljährlich von einer Gruppe kritischer Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen gemeinsam erarbeitet und stellen eine Art alternativer Politikanalyse und -beratung dar. Ende 2003 erschien das 6. Memorandum in acht verschiedenen Sprachen unter dem Titel »Vollbeschäftigung, Wohlfahrt und ein starker öffentlicher Sektor: Demokratische Herausforderungen in einer erweiterten Union«.

*Kontakt: [www.memo.uni-bremen.de/europe/euromemo/indexmem.htm](http://www.memo.uni-bremen.de/europe/euromemo/indexmem.htm); [Huffschmid@ewig.uni-bremen.de](mailto:Huffschmid@ewig.uni-bremen.de)*

**+ Herbstakademie Globalisierung von DGB-Jugend und Attac:** Die Herbstakademie 2004 findet vom 29. September bis zum 3. Oktober 2004 in der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin statt. Thema: Europa. Neben Vorträgen wird es folgende Workshops geben:

- Soziales Europa
- Politik der Privatisierung
- Gleichheit, Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe
- Neue Arbeitsformen
- Militärmacht Europa.

*Weitere Informationen zur Herbstakademie gibt's auf der Website [www.dgb-jugend.de/herbstakademie](http://www.dgb-jugend.de/herbstakademie)*

**+ Mehr lernen über Europa**  
 Das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel setzt in seinem Bildungsprogramm in diesem Jahr einen Schwerpunkt auf Seminare und Bildungsfahrten zum Thema Europa. So gibts vom 21. bis 25. April 2004 ein Seminar »Europe meets Hessen«. Im Juni (6. bis 11.) heißt es dann »Europe, here we go...«. Im Herbst kann man »Europa kennen lernen« (26. September bis 1. Oktober).

*Kontakt: [www.hdgj.de](http://www.hdgj.de) bzw. [info@hdgj.de](mailto:info@hdgj.de) oder 06171 / 59 03-0*

**+ Open-Space »Europa von unten«** Am Wochenende vor der Europawahl und einen Monat nach dem Vollzug der EU-Osterweiterung veranstaltet die EU-AG von Attac im Berliner Umweltforum eine Open-Space-Konferenz. Ziel ist eine Vernetzung und Koordinierung verschiedener Verbände und Gruppierungen, die zum Thema arbeiten. Die Fragen: Was sind gemeinsame Ziele, was könnten gemeinsame Wege und Aktionen sein, wie bekommt man eine breite öffentliche Diskussion über europapolitische Fragen hin? Die Finanzierung muss von den beteiligten Organisationen aufgebracht werden. Es ist Raum für bis zu 250 Teilnehmer.

*Das konkrete Datum für die Open-Space-Konferenz »Europa von unten« ist der 4. bis 6. Juni 2004. Im September soll es ein halbtägiges Nachtreffen zur Evaluierung geben. Kontakt: [Stephan Lindner \(attac EU-AG\): stlindner@ipn.de](mailto:Stephan.Lindner@attac-EU-AG.de) Tel.: 030 / 27 59 68 87*

**+ Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes:** »Unser Europa – Europa, das sind wir!« Mit der Kampagne ruft der EGB die Gewerkschaften in Europa dazu auf, ihre Mitglieder über die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 zu informieren. Auf der zentralen Website [www.oureurope.org](http://www.oureurope.org) kann man sich ab April die Materialien und Aktivitäten der nationalen Gewerkschaften anschauen. Auch die DGB-Jugend beteiligt sich an der Kampagne: Ab Mitte April wird es Flyer mit Informationen rund um die EP-Wahl geben. Außerdem wird eine Präsentation (inkl. Hintergrundtext) erstellt, die von Aktiven der deutschen Gewerkschaftsjugend für ihre Arbeit genutzt werden kann.

*Näheres dazu ab Mitte April auf der Website [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)*

**+ Wehret den Anfängen:** EU-Erweiterung, offene Grenzen, mehr Migration: Das birgt auch immer die Gefahr rechtsradikaler Abwehrtendenzen in sich. Wer sich mit dem Thema beschäftigen möchte, ist bei den Mobilien Beratungsteams richtig. Sie bieten Hilfe zur Selbsthilfe gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

*Die Teams gibt es in verschiedenen Bundesländern. Brandenburg: [www.mobilesberatungsteam.de](http://www.mobilesberatungsteam.de), Sachsen: [www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de), Thüringen: [www.mobit.org/mobit.php](http://www.mobit.org/mobit.php)*

**IMPRESSUM**

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
*Ingrid Sehrbrock*

**Herausgeber:**  
 DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend,  
 Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,  
 Tel.: 030 / 240 60 171, Fax: -409

**E-Mail:**  
*mirjam.muhs@bvv.dgb.de*

**Internet:**  
*[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)*

**Druck:**  
*toennes druck + medien gmbh, Erkrath*

**Redaktion:**  
*Mirjam Muhs*

**Grafik:**  
*Heiko von Schrenk*

**Aboverwaltung:**  
 Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166,  
 E-mail: [daniela.linke@bvv.dgb.de](mailto:daniela.linke@bvv.dgb.de)

*Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)*

*Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.  
 Dank dem Team im Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel für die Unterstützung!*

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den  
 DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend  
 Soli aktuell  
 Henriette-Herz-Platz 2  
 10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

|              |          |
|--------------|----------|
| vorname      | name     |
| organisation | funktion |
| straße       | nummer   |
| plz          | ort      |
| unterschrift |          |